

# Werte und Grundsätze der Volkspartei



Christian Tesch

edition noir

**Christian Tesch**

# Werte und Grundsätze der Volkspartei

edition noir

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	7
Einleitende Gedanken .....	9
<b>1. Werte und Grundsätze .....</b>	<b>15</b>
Einführung in die bürgerliche Wertewelt .....	17
Ein Menschenbild .....	24
Drei Wurzeln .....	28
Die konservative Wurzel .....	29
Die liberale Wurzel .....	32
Die christlich-soziale Wurzel .....	38
Fünf Grundsätze .....	43
Sieben Grundwerte .....	50
<b>2. Geschichte und Struktur der Volkspartei .....</b>	<b>55</b>
2.1 Gründung und Entwicklung der Programmatik .....	57
2.2 Obmänner im Überblick .....	65
2.3 Struktur und Organisation .....	83
2.4 Mitglied der Europäischen Volkspartei .....	88

### Impressum:

© 2024 **edition noir**  
 7. durchgesehene und ergänzte Auflage  
 Verlag noir, 1120 Wien, Tivoligasse 73  
 www.verlagnoir.at

Redaktion: Dietmar Halper, Georg Mantler,  
 Elisabeth Mayerhofer, Christian Moser-Sollmann,  
 Christian Tesch  
 Druck: Gröbner Druck  
 Printed in Austria

ISBN: 978-3-9504939-7-9

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Speicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

<b>3. Parteien in Österreich</b> .....	89
3.1 Die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) .....	91
3.2 Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) .....	94
3.3 Die Grünen .....	87
3.4 Das Neue Österreich und das Liberale Forum (NEOS) .....	99
<b>4. Grundsatzprogramme im Vergleich</b> .....	101
Volkspartei-Grundwerte .....	106
SPÖ-Grundwerte .....	107
FPÖ-Grundwerte .....	107
Grüne-Grundwerte .....	108
NEOS-Grundwerte .....	108
<b>5. Parteipolitische Bildungsarbeit</b> .....	109
5.1 Parteiakademien im Porträt .....	113
Politische Akademie der Volkspartei .....	113
Karl-Renner-Institut .....	115
Freiheitliches Bildungsinstitut .....	116
FREDA – DIE AKADEMIE .....	117
NEOS Lab .....	118

## Vorwort

### Fest in den Wurzeln. Offen für Neues

Die Politische Akademie der Volkspartei hat drei zentrale Aufgaben: Sie ist Bildungseinrichtung für Funktionärinnen und Funktionäre sowie für politisch Interessierte. Sie ist Türöffner für neue Menschen und neue Ideen. Und sie ist das bürgerliche Wertezentrum der Volkspartei, wo Wurzeln und Werte gepflegt werden.

Mit diesem Buch wollen wir historische und philosophische Wurzeln der Volkspartei sowie ihre Werte und Grundsätze erläutern. Die Volkspartei als bürgerliche Partei steht für eine Politik der Mitte: ein Miteinander in der Bundesregierung, konsequentes Leadership durch den Bundeskanzler und die echte Bereitschaft, große Reformen anzugehen. Dabei steht sie weiterhin auf dem klaren Wertefundament unseres christlich-humanistischen Menschenbildes, getragen von der christlichen Tradition und Geschichte unseres Kontinents sowie der Philosophie der Aufklärung. Unsere bürgerlichen Werte sind weder „alt“ noch „neu“, sie sind zeitlos.

Persönlich habe ich die Volkspartei immer als Gemeinschaft voller Energie und Leidenschaft erlebt, wo uns Lust an der Verantwortung und Freude am Gestalten einen. Das ist wohl der schönste Ausdruck unserer gemeinsamen Wertebasis. In diesem Sinne wünsche ich viel Freude dabei, unsere Werte und Grundsätze mit diesem Buch zu ergründen und unsere Gesellschaft positiv zu verändern.



Mag. Bettina Rausch-Amon, MBA  
Präsidentin der Politischen Akademie

## Vorwort

Nach den Tabubrüchen des Zweiten Weltkrieges haben unsere Gründerväter die Volkspartei bewusst als soziale Integrationspartei konzipiert. Jung und Alt, Männer und Frauen, Selbständige und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Land und Städte, jede Österreicherin und jeder Österreicher sollte sich in der Volkspartei willkommen fühlen und unser Land mitgestalten können. Für eine staatstragende Partei wie für die Volkspartei geben uns Grundsätze und Werte Orientierung für unser politisches Handeln. Es ist unser Anspruch, Österreich aktiv zu gestalten.

Um eine Politik für die Bürgerinnen und Bürger zu machen, ist es für alle Mitglieder und Sympathisantinnen und Sympathisanten der Volkspartei wichtig, zu wissen, was unsere Bevölkerung denkt und fühlt. Umsetzungsorientierte Politik kümmert sich um die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger und agiert nicht abgehoben. Um Politik zu machen, ist es auch immer wichtig, über sein eigenes Handeln nachzudenken. Ein Bekenntnis zu lebenslanger Aus- und Weiterbildung gehört zum Selbstverständnis einer bürgerlichen Partei, für die Leistung eine erstrebenswerte Tugend ist. Aktiv unser Gemeinwesen weiterzuentwickeln und einen Beitrag für die Demokratie zu leisten, prägt unser politisches Tun und ist für Bürgerliche selbstverständlich.

Als bürgerliche Partei agieren wir immer auf dem Boden fester Überzeugungen. Für uns sind Werte Richtschnur unseres politischen Handelns. Werte geben uns Orientierung und bewahren uns vor Beliebigkeit und Inhaltsleere. Das ist gut so: Denn nur, wenn wir wissen, woher wir als Partei kommen, welche Werte wir vertreten und welche Gesellschaft wir wollen, werden wir bei den Wählerinnen und Wählern Vertrauen erwerben. Wer das vorliegende Buch gelesen hat, wird wissen, warum sie oder er sich bei der Volkspartei zu Hause fühlt.



Christian Tesch  
Direktor der Politischen Akademie

## Einleitende Gedanken

Die Behauptung der „Ideologielosigkeit“ ist die herrschende Ideologie unserer Zeit. Mit dieser Spitze hat der bekannte Philosoph Konrad Paul Liessmann treffend umschrieben, dass mit Ideologiedebatten heute kaum noch das Blut von Funktionärinnen und Funktionären und Stammischen in Wallung gebracht wird. Die Wählerin und der Wähler wollen von der Politik einfache Lösungen für spezifische und konkrete Probleme im Alltag, im Beruf und für ihre Familien. Dieses alltagstaugliche Politikverständnis als Problemlöser für die Menschen ist seither der Trumpf der Bürgermeisterpartei Volkspartei. Die Menschen werden in ihrer jeweiligen Lebenswelt abgeholt.

Aber die Volkspartei ist mehr! Unsere ideologischen Urväter standen an der Wiege der demokratischen Bewegung der Donaumonarchie. Mit der bürgerlichen Revolution 1848 begann durch liberale, konservative und christlich-soziale Kräfte der Umbau der Monarchie in eine repräsentative Demokratie in vielen kleinen Schritten. Die Einführung von Grundrechten, freien Wahlen und letztlich die Ausrufung der Ersten Republik 1918 waren die Folge. Die damals existierenden Parteien gibt es längst nicht mehr. Aber ihre politischen Errungenschaften leben noch heute in der Volkspartei fort. Nicht als direkt weitergeführtes Gedankengut oder Programmatik, sondern als wichtige Grundwerte wie etwa Freiheit, Verantwortung und Solidarität.

Ideologien galten in den vergangenen Jahrzehnten meist als etwas, das sich überlebt hat. Pragmatismus und Sachkenntnis galten lange Jahre als politischer Königsweg. Durch die Polykrise der Gegenwart hat sich dies allerdings geändert: Die Menschen erwarten sich von der Politik wieder mehr grundsätzliche Antworten. Neben der konkreten Hilfestellung wollen Menschen nun auch wieder über politische Grundsätze und diesen Grundsätzen zugrunde liegende Werte, Überzeugungen und Ideen (also eben Ideologien) Bescheid wissen und diese verstehen.

## Ideologien

Jede Gesellschaft beruht auf Vorstellungen über Gut und Böse, über das Gerechte und das Ungerechte, kurz: auf einem Wertesystem. Der Begriff Ideologie bezeichnet eine Weltanschauung oder ein System von Wertvorstellungen. Eine politische Ideologie im engeren Sinn ist ein System von Grundsätzen mit weltanschaulichem, politischem und wertendem Charakter. In ihr spielen neben theoretischen Überlegungen auch praktische Elemente eine wichtige Rolle. Eine Ideologie möchte die Welt nicht nur erklären, sondern auch gestalten. Sie nimmt maßgeblichen Einfluss auf das politische Verhalten der Menschen. Alle politischen Entscheidungen enthalten daher – bewusst oder unbewusst – Wertentscheidungen über die Zukunft der Gesellschaft.

Im Alltag ist der Begriff meist negativ besetzt, um eine nicht geteilte Weltanschauung als nicht „objektiv“ zu kritisieren. Eine Ideologie ist ein fixes Weltbild, das auf feststehenden Grundannahmen beruht. Menschen, die eine Ideologie für quasi naturgegeben halten bzw. aus dieser einen Wahrheitsanspruch ableiten, werden positiv als Idealisten und negativ als Ideologen bezeichnet. Daher ist es von besonderer Bedeutung für die Politik, dass politische Gruppierungen ihre Ideologien regelmäßig prüfen, mit der Wirklichkeit vergleichen und weiterentwickeln. Das starre Festhalten an einmal gezogenen ideologischen Schlüssen wird als Dogmatismus bezeichnet. Fundamentalistische bzw. extremistische Ideologen erklären die komplexe Wirklichkeit anhand einzelner oder weniger Phänomene. Dabei werden wichtige Details, die diesem Muster widersprechen, ausgeblendet oder vernachlässigt. Man spricht dann von einem „ideologischen Blickwinkel“. Stark ideologisierte Erklärungen tendieren dazu, „Patentrezepte“ anzubieten, mit denen eine Vielzahl von Problemen durch einfache Lösungen beseitigt werden könnte. Beispiele dafür sind der Marxismus und der angelsächsische Liberalismus, die sich auf die Spannung zwischen Individualismus und Kollektivismus zurückführen lassen.

Individualismus und Kollektivismus sind sozusagen die beiden Pole, zwischen denen Ideologien („Parteien“) verortet werden. Daher werden wir uns kurz mit diesen Polen befassen.

## Individualismus

Der Individualismus stellt – wie der Name sagt – das Individuum, also den Einzelnen in das Zentrum. Der Mensch ist älter als der Staat. Im vorgeschichtlichen Idealzustand sei der Mensch sein eigener Herr gewesen, habe uneingeschränkte Freiheit besessen und habe ebenso uneingeschränkt über sein Eigentum verfügt. Gemäß dem Individualismus müsse der Mensch von Zwängen, Gewohnheiten, Dogmen usw. befreit werden. Der Wert der Person steht über dem Wert der Gemeinschaft: Staat, Wirtschaft und Gesellschaft müssten daher so organisiert werden, dass sich das individuelle Selbstinteresse ohne Hemmnisse entfalten kann. Wenn alle ihr Selbstinteresse verfolgen, kommt es zum „größten Glück der größten Zahl“. Die Gesellschaft ist nicht mehr als eine Summe von Einzelpersonen; es wird auf die Selbstregulierungskräfte von Wirtschaft und Gesellschaft vertraut. Die Freiheit des einen endet jedoch dort, wo die Freiheit des anderen beginnt. Wir haben auch die Verantwortung, die Grenzen unserer Freiheit im Sinne der Gemeinschaft anzuerkennen und dafür einzustehen. Eine politische Ideologie, die auf dem Individualismus beruht, ist der Liberalismus. Ein Wirtschaftssystem, das auf der Kraft des Einzelnen aufbaut, ist die Marktwirtschaft.

Der politische Liberalismus setzte sich historisch für Gewaltenteilung (Legislative – Exekutive – Judikative), Volkssouveränität (der Staat bleibt in all seinen Befugnissen dem Volk verantwortlich) und den Rechtsstaat ein. Die strikte Trennung von Gesellschaft und Staat beschränkt diesen auf die Aufrechterhaltung der äußeren und inneren Ordnung („Nachtwächterstaat“); alles andere könnten die freien Individuen im Rahmen der Freiheitsrechte untereinander organisieren. Das betrifft auch das Wirtschaftsleben, das sich durch das Spiel von Angebot und Nachfrage, von Löhnen und Preisen ganz von selbst in bestmöglicher Weise regelt.

In seiner wirtschaftlichen Variante tritt der Liberalismus als Marktwirtschaft auf. Dieses System wird definiert als das von Privatinitiative getragene Streben nach Profitmaximierung, mithilfe eines freien Wettbewerbs von Angebot und Nachfrage bei geringem Staatseinfluss. Der heute gerne gebrauchte Begriff Neoliberalismus bezeichnete ursprünglich eine Neubelebung des Liberalismus in den 1930er- und 1940er-Jahren als



Gegengewicht zu Kommunismus und Nationalsozialismus. Er strebt eine vorwiegend marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung mit den Gestaltungsmerkmalen Privateigentum, freie Preisbildung, Vertragsfreiheit und Gewerbefreiheit an.

Betont wird der wechselseitige Zusammenhang von politischer und wirtschaftlicher Freiheit sowie die Notwendigkeit einer Rechtsordnung, die den Wettbewerb fördert und das Entstehen von privaten Machtpositionen verhindern soll.

Seit der Globalisierung ist der Begriff Neoliberalismus in Misskredit geraten und meint vor allem angebotsorientierte Wirtschaftspolitik ohne Rücksicht auf die „Schwächeren“ der Gesellschaft. Als neoliberal werden heute all jene Positionen bezeichnet, die im politischen Diskurs unerwünscht sind. Der Buchautor Gerhard Willke meinte daher, dass der Begriff Neoliberalismus ein Phantom ist: Es gibt keine Anhänger von ihm, nur Kritiker. Außerdem weiß keiner, was neoliberale Politik will. Auch wenn der heutige Begriff etwas anderes meint als die Widerstandsbewegung der 1930er-Jahre gegen den Nationalsozialismus, ist es politisch nicht sinnvoll, politische Positionen mittelfristig als neoliberal zu bezeichnen, da dieser Begriff hochgradig negativ besetzt ist.

### Kollektivismus

Das Gegenstück zu individualistischen Ideologien bilden die kollektivistischen. Unter Kollektivismus wird ein System von Werten und Normen verstanden, in dem das Wohlergehen der Gruppe (des Kollektivs) mehr zählt als das Wohlergehen des Einzelnen. Die Interessen des Individuums werden hier jenen der Gruppe untergeordnet. Das Kollektiv kann eine Klasse, ein Volk oder jede andere Art von Gemeinschaft sein. Die individuelle Seite des Menschen, seine persönlichen Stärken und Bedürfnisse werden zurückgedrängt. Politische Ideologien, die auf dem Primat des Kollektivs aufbauen, sind Nationalsozialismus, Sozialismus und Marxismus.

Der Marxismus denkt den Menschen vom Arbeitsprozess her, in dem er steht. Der Mensch sei ein Produkt seiner ökonomischen und sozialen Verhältnisse, die seine materiell-ökonomische Basis bildeten und durch die seine existenzielle Situation völlig bestimmt werde. Immaterielle Komponenten der Existenz, wie etwa Sinnstiftung, werden ausgeklammert. Religion, Gesellschaft, Kunst, Recht, Staat und Familie sind für den Marxismus in den Produktionsverhältnissen grundgelegt. Die wahre Wirklichkeit des Menschen sei daher nicht die individuelle Person, sondern die Gesellschaft. Religion beispielsweise wirke als „Opium für das Volk“, sie würde verschwinden, wenn das Elend der Bevölkerung beseitigt wäre. Die gesellschaftliche Realität sei durch kapitalistische Ausbeutung und den Klassengegensatz gekennzeichnet. Dieser Klassengegensatz habe seinen Ursprung im privaten Eigentum an Produktionsmitteln. Privateigentum führe dazu, dass das Verfügen über Dinge zu einem Verfügen über Menschen werde. Als politisches Ziel skizzierte Marx die Überwindung des Klassengegensatzes in Form einer „klassenlosen Gesellschaft“. Diese wäre durch den Klassenkampf der „Arbeiterklasse“ (Gesamtheit der Werktätigen, Proletariat) gegen die „Ausbeuter“ (Besitzende, Arbeitgeber, Bourgeoisie) herzustellen, an dessen Ende die Abschaffung von Privateigentum als Verfügungsmacht stünde. Im Kampf sind individuelle Schicksale oder Bedürfnisse zweitrangig. Die der Gemeinschaft eingeräumte Vorrangstellung führt zu „Patentrezepten“ und zum „Gießkannenprinzip“; sie unterdrückt den Einzelnen (Bevormundung).

Im Nationalsozialismus nahm hingegen die „deutsche Volksgemeinschaft“ die Rolle der „Klasse“ ein. Seine wesentlichen Elemente waren der Führerstaat (totale Unterordnung des Individuums), die Beseitigung pluralistischer Erscheinungsformen wie Parteien oder Gewerkschaften und die Gleichschaltung aller Interessen auf ein Ziel hin.

Liberalismus und Marxismus haben Teilwahrheiten absolut gesetzt: Wollte der Liberalismus den Menschen bloß auf das Individuum beschränken, reduzierte ihn der Marxismus auf das Produkt ökonomischer Verhältnisse.



## Bildungsraum online

<https://bildungsraum.politische-akademie.at>

Digitale Lernformate punkten mit der Unabhängigkeit von Raum und Zeit. Der Bildungsraum online bietet Ihnen vielfältige Möglichkeiten zur individuellen Weiterentwicklung:

- In Ihrem personalisierten Lernumfeld „Meine Kurse“ finden Sie alle Kurse, ob E-Learning oder Präsenzseminar, die Sie an der Politischen Akademie besucht haben.
- Auf den Kursseiten finden Sie alle Unterlagen zu Ihren Kursen und haben die Möglichkeit, Ihr Zertifikat zum Kurs auszudrucken.
- Unter „Online-Angebote“ finden Sie unser Angebot an E-Learning-Kursen, Veranstaltungsmitschnitten, Podcasts und Materialien zu verschiedensten Themen.

Lernen und  
informieren.  
**Wann wir wollen.**  
**Und wo wir wollen.**

→ 1. Werte und Grundsätze



## Einführung in die bürgerliche Lebenswelt

Bürgerliche Parteien erfüllen die Rolle der Hüterin einer stabilen gesellschaftlichen Mitte in der Demokratie. Als soziale Integrationspartei hat die Volkspartei die Verwirklichung der guten Ordnung zum Ziel. Um die Interessen, Wünsche und Anliegen aller Bürgerinnen und Bürger angemessen vertreten zu können, ist die Volkspartei in sechs Teilorganisationen und flächendeckend in allen Ländern und Gemeinden vertreten. Mit unserem Anspruch, alle Schichten und Milieus der Bevölkerung zu repräsentieren und politisch zu vertreten, geht auch ein breites und inklusives Verständnis der Begriffe Bürger und bürgerlich einher. Diese Wörter bezeichnen alle Staatsbürgerinnen und Staatsbürger und nicht nur Angehörige einer sozioökonomischen Klasse. Im Selbstverständnis der Volkspartei ist der Bürger Gestalter und Träger der Demokratie. Der und die Einzelne sind verantwortlich für die Mitgestaltung der sozialen Verhältnisse. Bürgerinnen und Bürger fühlen sich verpflichtet, für die Werte der Gleichheit, Teilhabe und Offenheit geradestehen und sich zu engagieren, und verteidigen diese Werte als Grundlage des modernen Staates.

Der Ausgangspunkt bürgerlichen Denkens liegt immer bei dem und der Einzelnen, und dieser Vorrang für das Individuum braucht eine Politik der Gewaltenteilung. Unser breiter Begriff des Bürgerlichen umfasst alle freien und gleichen Mitglieder des Staates und ist mit einem positiven Leitbild verbunden. Zu einer bürgerlichen Kultur gehört auch das Versprechen, dass Arbeiter, Angestellte, Unternehmer und Zuwanderer durch Fleiß, Leistung und Arbeit in den Stand des Besitzbürgertums aufsteigen können. Wenn es einen gesellschaftlichen Fahrstuhleffekt gibt, entstehen Gesellschaften mit einer breiten Mittelschicht und dieses programmatische Ziel einer Gesellschaft von Eigentümern verfolgt die Volkspartei seit ihrer Gründung.

Starke Bürgerinnen und Bürger bilden das Rückgrat jeder Demokratie. Das Bürgerliche steht für den Ausgleich und die Mitte, es vermeidet Extreme und bevorzugt Reformen statt Revolutionen. Das Bürgerliche ist Garant für Planbarkeit und Pakttreue. Eine bürgerliche Welt steht für den Rechtsstaat und Grundrechte, die für jede und jeden gelten. Allgemein gültige Gesetze, die Herrschaft der Vernunft, materielle und immaterielle

Sicherheit machen den Alltag planbar und minimieren die Lebensrisiken für den einzelnen Bürger und die einzelne Bürgerin.

Das bürgerliche Politikverständnis ist ein realistisches und kein ideologisches. Es ist wandelbar und bleibt offen für Neues. Denn die bürgerliche Lebenswelt verändert sich laufend und mit ihr die Anforderungen an die Politik. Wenn sich die Umwelt und die Gesellschaft ändern, müssen sich auch Selbstbild, Ansprüche und Wirklichkeiten der politischen Programme weiterentwickeln: Diesem Anspruch, gesellschaftliche Veränderungen aktiv zu gestalten und zu begleiten, muss sich eine staatstragende Partei stellen. In ihrem Gespür für die Stimmungslagen und die Bedürfnisse der Bevölkerung liegt die Grundlage der Erfolgsgeschichte der Volkspartei in der Zweiten Republik. Territorial flächendeckend und in allen Gemeinden und Berufsvertretungen präsent zu sein, ist eine wesentliche Voraussetzung für eine Volkspartei. Eine zweite Voraussetzung ist das Ziel, Politik zum Wohle der gesamten Bevölkerung zu machen. Als Richtschnur für diese Suche nach einer gemeinwohlorientierten Politik eignen sich in erster Linie Werte. Sie bilden die Grundlage eines in Generationen planenden Politikverständnisses. Das im Parteiprogramm der Volkspartei zum Ausdruck gebrachte Werteverständnis spiegelt den aktuellen Stand der wissenschaftlichen Diskussion wider.

### Werte als Grundlage unserer Partei

Als Partei über die wesentlichen Werte einer Gesellschaft nachzudenken, ist politisch notwendig. Denn keine Gesellschaft kann funktionieren, wenn die Staatsbürgerinnen und Staatsbürger nicht Gemeinsamkeiten normativer Art teilen. Auch der moderne Rechtsstaat, der seinen Mitgliedern Freiheit, Nachhaltigkeit und Wohlstand bietet, muss sich um den Erhalt seiner geistigen Grundlagen kümmern. Denn wie es der große deutsche Staatsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde in seiner zeitlosen Formel formuliert hat: „Der liberale Rechtsstaat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“ In einer Demokratie ist es also sinnvoll, sich über ein gemeinsames Wertekorsett zu verständigen.

Welche sind nun aber jene Werte, die die Grundlage unseres demokratischen Zusammenlebens langfristig sicherstellen? Das christlich-humanistische Menschenbild und das Naturrecht bilden die Eckpfeiler des bürgerlichen Wertefundaments. Der Begriff Naturrecht bezeichnet ein ideales Rechtssystem, das mit der Natur des Menschen und der Natur der Welt begründet wird. Aufbauend auf das Naturrecht und das christlich-humanistische Menschenbild sind Werte für die Volkspartei Orientierungspunkte für individuelles und gesellschaftliches Handeln. Werte bilden unsere Grundlage für ein respektvolles und friedliches Miteinander und sind nichts Altmodisches. Über Parteigrenzen und weltanschauliche sowie religiöse Grenzen hinweg gilt es, sich auf einen Kanon unverrückbarer Werte wie Solidarität, Freiheit und Sicherheit zu verständigen. Speziell in einer heterogenen und pluralistischen Gesellschaft sind verbindliche Leitwerte wichtig. Diese Leitwerte müssen sich an der universalistischen Tradition der Aufklärung und nicht an partikularen und identitären Vorlieben orientieren. Im politischen Dialog mit den Wählerinnen und Wählern ist es wichtig, das Werteverständnis der Volkspartei klar zu kommunizieren und gleichzeitig auf die Notwendigkeit eines Miteinanders von traditionellen und neuen Werten für ein nachhaltiges Gemeinwohl hinzuweisen.

Ein Wert ist nach dem Theologen und Managementberater Rupert Lay eine in einem soziokulturellen Entwicklungsprozess herausgebildete und von allen Bürgerinnen und Bürgern verinnerlichte Vorstellung über das Wünschbare. Werte bezeichnen durch Erziehung, Sitte und Kultur allgemein akzeptierte und von den Bürgerinnen und Bürgern geteilte Grundeinstellungen, die bestimmen, was eine Gesellschaft für erhaltens- und lohnenswert für das gemeinschaftliche Zusammenleben hält. Solche Wertmaßstäbe geben den Menschen Halt und liegen politischen Entscheidungen zugrunde. Ein Wert ist also eine Vorstellung von etwas, das begehrt, erstrebt, respektiert oder verehrt und innerhalb eines sozialen Systems anerkannt wird. Werte können innerhalb einer Familie, eines Vereins, eines Unternehmens oder eines Staates gelebt werden. Man unterscheidet weiters zwischen politisch-allgemeinen Werten und individuellen moralischen Werten. Generell kann man materielle, ideelle und Grundwerte voneinander trennen. Materielle Werte sind Waren und haben einen ökonomischen Wert. Dazu zählen Besitz, Autos, Kleidung, Wohnungen und Konsumgüter. Materialistische Dinge gewinnen ihre Wertqualität

erst durch ihren Bezug auf höhere Werte, indem sie der Befriedigung von Bedürfnissen dienen. Ideelle Werte werden um ihrer selbst willen angestrebt und respektiert. Ideelle Werte wie Disziplin, Freundschaft, Treue und Loyalität können auch der Erreichung höherwertiger Ziele und Grundwerte dienen. Die den ideellen Werten zugrunde liegenden Grundwerte Glück und Glückseligkeit, Freiheit und Gleichheit aller Menschen sind die höchsten Ziele des menschlichen Daseins. Grundwerte dienen als Maßstab für die Ausformulierung ethischer und moralischer Normen und Prinzipien.

Werte sind immer interessengeleitet. Sie basieren auf den Wertungen der an ihnen interessierten Subjekte. Keine Bürgerin und kein Bürger kann werten, ohne abzuwerten oder aufzuwerten. Wer wertet, sollte das mitbedenken und Rechthaberei, Absolutheitsansprüche und den erhobenen Zeigefinger vermeiden. Denn materielle und ideelle Werte sind eine Sache der persönlichen Wahl oder der gesellschaftlichen Konvention.

Werte sind ein integraler Bestandteil jeder Gemeinschaft. Der Wertbegriff selbst ist übrigens kein ethischer, sondern ein ökonomischer Begriff. Der materielle Wert einer Sache bestimmt den Preis, der am Markt zu erzielen ist. Auch der in den politischen Debatten verwendete Begriff „Grundwert“ stammt aus der Wirtschaftssprache und bezeichnet von Haus aus den Bodenwert. In der Ökonomie wird auch von Gebrauchswert, Tauschwert und Realwert gesprochen. Materielle Werte sind also quantitativ messbare Größen, die sich im Rahmen von Tauschverhältnissen ergeben. Die Einsicht, dass materielle und immaterielle Werte nichts Statisches sind, sondern einem Wandel unterworfen sind, ist hilfreich für das Verständnis. Die Religion begegnet dem Wertebegriff wegen seiner Relativität daher eher ablehnend. Denn ohne Bezug auf Gott gibt es keine Möglichkeit, allgemeingültige ethische Prinzipien oder Urteile zu entwickeln. Der Verlust des Anspruchs auf überzeitliche Gültigkeit kann zu einem Relativismus führen, wenn nur mehr der menschliche Wille und Macht darüber entscheiden, welche Werte gültig sind. Diese Relativität birgt eine Gefahr: Die Reduktion von Ethik auf Werte kann zu einer Austauschbarkeit von Werten führen, die den Menschen nur mehr als Mittel zum Zweck erkennt und nicht mehr als Zweck an sich. Diese Verkürzung des Denkens kann vermieden werden, wenn wir die Grenzen der Ver-

nunft anerkennen. Menschliche Vernunft ist relational und nicht absolut. Die Weltreligionen wissen, dass sie ihre Grundwerte der Offenbarung Gottes zu verdanken haben, vor der sich jeder Mensch rechtfertigen muss. Aus den natürlichen, gottgegebenen und ursprünglichen werden die [künstlichen] Werte wie Gerechtigkeit bzw. normiertes Recht abgeleitet. Als Grundwerte werden diejenigen bezeichnet, die als absolut und unhintergebar gelten wie die Werte Freiheit, Leben und Würde der Person. Diese Werte nennt man Grundwerte, weil sie alle anderen Werte erst ermöglichen und diesen zugrunde liegen.

### Wandel der Werte – gesellschaftliches Aushandeln

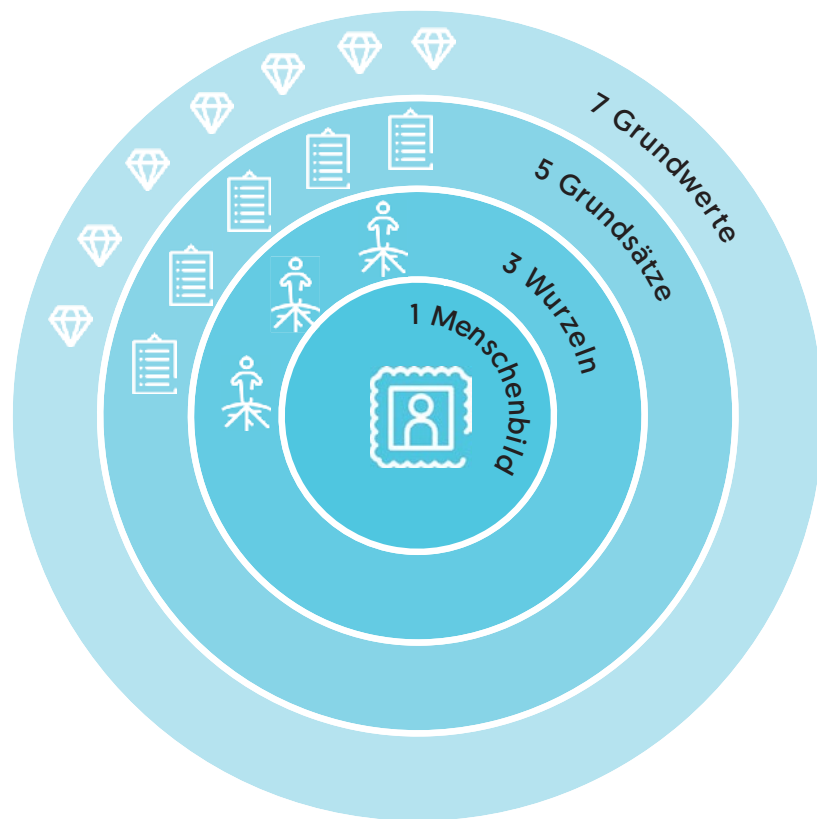
In der Politik geht es darum, das Zusammenleben der Menschen zu gestalten und nicht um die Suche nach den letzten Wahrheiten. Dass Werte nur in Diktaturen, aber nicht in Demokratien absolut gesetzt werden, ist daher eine Stärke und keine Schwäche. Der verständliche Wunsch nach verbindlichen Werten kann nicht über vorhandene Wertekonflikte in pluralistischen Gesellschaften hinwegtäuschen. Werte erfüllen Funktionen, die Gesetze und Normen nicht leisten können. Werte dienen somit als Selektionskriterien für Handlungsentscheidungen und als Beurteilungskriterien in den Fällen, in denen Gesetze, Regeln und Normen keine oder keine eindeutige Orientierung und Antwort liefern.

Politisch-programmatische Wertefüge unterliegen einem steten Wandel. Spannungen zwischen einzelnen Werten sind produktiv. Sie beleben die politische Diskussion und bereichern die demokratische Entscheidungsfindung. Werte sind als Antworten auf gesellschaftlichen Orientierungsbedarf laufend neu zu verhandeln. Das macht beispielsweise die Klimadiskussion deutlich [programmatisch setzte das die Volkspartei in der ökosozialen Steuerreform um]. Die politische Bedeutung von Werten wird erst durch die laufende Diskussion ihrer Relevanz und nicht durch ihre begründungslose Absolut-Setzung bestimmt. Erst das Hinterfragen und Weiterentwickeln von Werten bildet die Grundlage für ihre politische Akzeptanz. Nur die Bürgerinnen und Bürger und die von ihnen gewählten Volksvertreter verständigen sich über die Regeln, nach denen alle gemeinsam leben wollen. Die Frage nach gemeinsamen Werten ist

in einer pluralistischen Gesellschaft neben der Herrschaft des Rechts eine demokratische Notwendigkeit. Gesellschaftliche Milieus und Interessengruppen, die nicht viel miteinander zu tun haben, müssen sich fragen, was unsere Gesellschaft auf der Werteebene zusammenhält. Die Politik beschließt Gesetze und verhandelt jene Werte, auf deren Grundlage wir unser Zusammenleben freiwillig, vernünftig und ohne Zwänge gestalten wollen. Neben den Grundrechten braucht eine Demokratie also Werte.

**Die Grundlage bürgerlicher Politik bietet die 1/3/5/7-Formel.**

Die Politik der Volkspartei baut auf einem Menschenbild, drei Wurzeln, fünf Grundsätzen und sieben Grundwerten auf.



Das Fundament unseres Wertesystems ist ein christlich-humanistisches Menschenbild.



Unsere drei Wurzeln sind konservativ, liberal und christlich-sozial.



Wir handeln nach fünf politischen Grundsätzen:

- ▣ Der Staat ist für die Bürgerinnen und Bürger da. *Und nicht umgekehrt.*
- ▣ Wir schreiben den Menschen nicht vor, wie sie zu leben haben. *Wir bieten Orientierung.*
- ▣ Wir sehen für jeden Menschen eine Aufgabe in unserer Gesellschaft. *Und erwarten Respekt für unsere Gesellschaft und ihre Werte.*
- ▣ Wir sind die Partei der Ökosozialen Marktwirtschaft. *Weil es ohne unternehmerisches Denken und Leistung weder nachhaltigen Wohlstand noch soziale Sicherheit gibt.*
- ▣ Wir denken und handeln als Österreichische Volkspartei europäisch. *Weil ein besseres Europa besser für Österreich ist.*



Die sieben Grundwerte der Volkspartei sind Freiheit, Verantwortung, Nachhaltigkeit, Leistung, Solidarität, Subsidiarität und Gerechtigkeit.



## Ein Menschenbild

Die Frage „Wie wollen wir Politik machen?“ oder vereinfacht „Wie wollen wir leben?“ hängt untrennbar mit der Frage zusammen, wie wir „den Menschen“ sehen. Je nachdem, wie wir diese Frage beantworten, bestimmt sich unser Umgang mit anderen Menschen.

Die Nationalsozialisten und der Faschismus etwa glaubten entsprechend ihrem Menschenbild an eine Herrenrasse. Daraus folgten letztlich die Unterdrückung, Ausbeutung und Tötung aller Menschen, die nicht dem Ideal dieser Herrenrasse entsprachen. Vertreter des Kommunismus verfolgten die Idee des Kollektivismus – der Einzelne geht im Kollektiv auf. Daraus folgt ein Menschenbild, bei dem Freiheit, Eigenverantwortung und die schöpferische Kraft des Einzelnen nichts zählen.

Das Menschenbild der Volkspartei ist ein christlich-humanistisches: Es hat seinen Ursprung in der Vorstellung, dass Gott den Menschen nach seinem Ebenbild geschaffen hat und dass vor Gott alle Menschen gleich sind. Daraus ergibt sich die Würde des Menschen, die der Mensch im Unterschied zu Sachen genießt. Im modernen Sinne versteht man darunter, dass alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft oder anderen Merkmalen, wie Geschlecht oder Alter, denselben Wert haben, da sie sich alle durch ein dem Menschen einzig gegebenes Merkmal auszeichnen, ihre Würde. Die Würde jedes Menschen kann von seinen Mitmenschen oder der Politik weder zugesprochen noch genommen werden. Sie ist jedem Menschen vom Anfang bis zum Ende seines Lebens eigen.

Unser Menschenbild und die Würde des Menschen aber nur aus der religiösen Vorstellung vom Ebenbild Gottes abzuleiten, ist im liberalen Rechtsstaat zu kurz gegriffen. Denn in einer säkularisierten Welt genügt eine Berufung auf Gott nicht mehr; die Verfassung benötigt eine vernünftige, rein vom menschlichen Verstand entwickelte Argumentation für die Herleitung der Menschenwürde. Das moderne Verständnis von Menschenwürde wird auf zwei Arten begründet.

1. Wir leiten die Würde des Menschen und damit unser Menschenbild direkt aus der normativen Kraft der Gesetze ab. Artikel 1 Allgemeine Erklärung der Menschenrechte [1948] – in Österreich im Verfassungsrang – erklärt: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“

In diesem Satz wird die Universalität der Menschenwürde bestimmt. Diese juristische Lesart hat allerdings einen Nachteil: Gesetze können geändert werden.

2. Wir schlagen beim Philosophen Immanuel Kant nach: Der deutsche Denker hat das christlich-jüdische Menschenbild in der Aufklärung für den modernen Rechtsstaat weiterentwickelt. Kant hat in seiner Abhandlung „Grundlegung zur Metaphysik der Sitten“ die Achtungswürdigkeit und die Menschenwürde an sich im weitesten Sinne definiert. Das Grundprinzip der Menschenwürde besteht für Kant in drei Ausprägungen:

- ▣ in der Achtung vor dem Anderen,
- ▣ in der Anerkennung seines Rechts zu existieren und
- ▣ in der Anerkennung einer prinzipiellen Gleichwertigkeit aller Menschen.

Kant geht davon aus, dass der Mensch ein Zweck an sich sei und demnach nicht einem ihm fremden Zweck unterworfen werden darf. Das heißt: Die Menschenwürde wird verletzt, wenn ein Mensch einen anderen bloß als Mittel für seine eigenen Zwecke benutzt – etwa durch Unterdrückung oder Betrug. Wenn Menschen ihre Mitmenschen verzwecken und bereit sind, andere nur als Mittel zum – auch vermeintlich guten – Zweck zu missbrauchen, handeln sie also falsch und unredlich.

Aus diesem verbindlichen Grundsatz, wie Menschen miteinander umgehen sollen, leitet sich auch die „goldene Regel“ [Behandle andere so, wie du von ihnen behandelt werden willst] ab. Dieser Grundsatz der praktischen Ethik wurde somit aufbauend auf das christlich-jüdische Weltbild durch die Philosophen der Aufklärung – wie beispielsweise Jean Jacques Rousseau, David Hume und Immanuel Kant – zur Grundlage der heutigen Verfassung.

Das christlich-humanistische Menschenbild ist der Maßstab unseres politischen Handelns. Im Mittelpunkt dieses Menschenbildes steht die Überzeugung von der Unantastbarkeit der Menschenwürde. Es ist dies eine jedem Menschen in gleicher Weise zugesprochene Würde, ganz unabhängig von körperlicher oder geistiger Leistungskraft, Religionsbekenntnis, sexueller Orientierung, Befindlichkeit, Hautfarbe, Herkunft und Einkommen.

Der Begriff der Menschenwürde ist für die Volkspartei deshalb so zentral, weil daraus alle unsere Grundwerte und politischen Überzeugungen abgeleitet werden können. Die Menschenwürde ist als Maßstab für eine menschenwürdige Gesellschaft notwendig und unverzichtbar, weil dieser Begriff den Anspruch der Unbedingtheit gegen jeden Versuch der Einschränkung verteidigt. Dass diese Gefahr für die Menschheit immer besteht, haben die Diktaturen des zwanzigsten Jahrhunderts bewiesen. Für die Volkspartei steht das christlich-humanistische Menschenbild am Anfang ihres Politikverständnisses (vergleiche dazu auch das Grundsatzprogramm der Volkspartei).

**Der Begriff der Menschenwürde ist für die Volkspartei nicht verhandelbar:**

- Der Mensch hat von Natur aus ein unaufhebbares Recht auf Leben und freie Entfaltung.
- Die Menschenwürde ist der Ausgangspunkt unseres politischen Handelns.

- Wir stehen für einen Anspruch auf Freiheit, Selbstbestimmung und gesellschaftliche Mitsprache.
- Der Mensch ist eingebunden in Gesellschaften, denen gegenüber er persönlich Verantwortung trägt.
- Die Verfolgung ausschließlich egoistischer Interessen zerstört die Grundlagen demokratischer Selbstbestimmung und gefährdet das Gemeinwohl.
- Der Mensch ist Teil der Schöpfung, eingebunden in den Kreislauf der Natur.
- Der Mensch ist verpflichtet zu einem sorgsamem Umgang mit der Natur und trägt Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung.





## Drei Wurzeln

Die Volkspartei versteht sich seit ihrer Gründung am 17. April 1945 als Sammelbewegung für alle Österreicherinnen und Österreicher. Die ideengeschichtliche Heimat der Volkspartei setzt sich seit ihrem Bestehen aus einem konservativen, einem liberalen und einem christlich-sozialen Lager zusammen. Jedes dieser drei Lager hat zum Schmelztiegel Volkspartei beigetragen. Diese drei sich manchmal ergänzenden, sich manchmal aber auch widersprechenden Ideologiestränge in eine Partei zu integrieren, ergibt die Besonderheit der Österreichischen Volkspartei.



Konservative Wurzel

Christlich-soziale Wurzel

Liberaler Wurzel

## Die konservative Wurzel

„Konservatismus ist nicht ein Hängen an dem, was gestern war, sondern ein Leben aus dem, was immer gilt.“ Antoine de Rivarol

### Konservativ sein heißt

Orientierung an überzeitlichen Wahrheiten und Geboten

Bewahrung der Schöpfung

Geschichtsbewusstsein und Denken in Generationen

Die Beweislast bei Veränderungen trägt der Reformier

Der Begriff „konservativ“ ist schillernd und besitzt sehr viele Bedeutungsebenen. In der Alltagssprache verwenden Menschen den Begriff „konservativ“ heute positiv als „bewahrend“ oder negativ im Sinne von „langweilig“ und „verstockt“. Mit dieser abwertenden Bezeichnung ist aber nur das Wort „strukturkonservativ“ angemessen umschrieben. Der Strukturkonservatismus ist eine Grundeinstellung, die eine vorherrschende Gesellschaftsordnung und politisch wohlverworbene Rechte beibehalten will. Strukturkonservatismus richtet sich also gegen Änderungen, auch wenn diese eine Gesellschaft weiterbringen und positiv verändern könnten. Strukturkonservatismus will bewahren, weil für ihn jede Änderung eine Änderung zum Schlechteren bedeutet. In diesem Sinne können auch Parteien wie die Grünen, die Sozialdemokratie, die FPÖ oder die Gewerkschaft strukturkonservativ handeln.

Eine zweite Spielart des Konservatismus kann mit dem Wort Wertekonservatismus beschrieben werden. Wertekonservativ zu sein, heißt mit den Worten von Altbundeskanzler Wolfgang Schüssel Folgendes: „Wer Gutes bewahren will, muss manches verändern.“ Um das Gute in einer Gesellschaft zu erhalten, müssen die politischen und gesellschaftlichen Strukturen an die jeweiligen Erfordernisse der Zeit angepasst werden, damit das Volk davon profitieren kann. Konservativ sein heißt aber auch, an überzeitlichen Wahrheiten und Geboten (Nächstenliebe, Anerkennung

der Zehn Gebote] festzuhalten und diese zu verteidigen. Als Gegenposition zum Werterelativismus glauben Konservative an gewisse Regeln und Wahrheiten, die es zu verteidigen gilt. So hat etwa der ehemalige Vizekanzler Josef Pröll mit einer neuen Interpretation des Begriffes „konservativ“ überrascht: „Konservativ zu sein bedeutet auch, Neues zu schaffen, was künftige Generationen dann bewahren wollen. Und so ist Innovation keine Gefahr für den Konservatismus, sondern Voraussetzung für seinen Bestand.“ Die Volkspartei agiert in ihrem politischen Handeln wertkonservativ, aber nicht strukturkonservativ. Wertkonservativ insofern, weil wir an den hohen Wert der Familie glauben und dass Kinder in einer funktionierenden Gesellschaft immer willkommen sein müssen. Nicht aber strukturkonservativ, da ganzheitliche Kindererziehung gleichermaßen staatliche Einrichtungen (Ganztagschulen, ganztägige Kinderbetreuung etc.) und Väter gleichermaßen in die Pflicht nimmt und Erziehung nicht nur Frauensache ist. Strukturkonservative werden das Familienbild der Volkspartei als „neumodisch“ kritisieren, während sie aber anerkennen müssen, dass das Hochhalten familiärer Werte einem wertkonservativen Grundsatz entspricht. Auch sonst ist der Begriff „konservativ“ nicht immer ganz genau. Für den Schutz von Natur und Umwelt einzutreten, ist im Auftrag der Bewahrung der Schöpfung als konservative Haltung zu bewerten.

„Wenn Worte ihre Bedeutung verlieren, verlieren Menschen ihre Freiheit.“ Mit diesem Aphorismus benennt der chinesische Meisterdenker Konfuzius exakt, was mit dem Begriff „konservativ“ passiert ist. Mit ihm wird heute all das benannt, was niemand sein will: verstockt, altmodisch, außerhalb der Mode stehend. Meist hat das Wort einen negativen Beigeschmack. Wie konnte es so weit kommen? Seit der Kulturrevolution des Jahres 1968 hat sich die politische Linke in Medien und veröffentlichter Meinung eine sprachliche Deutungshoheit gesichert, die Mitbewerber mit Sprachgeboten mundtot macht. Selbst moderate konservative Positionen werden in inquisitorischer Manier an den Pranger gestellt.

Dabei gewinnt speziell in einer Zeit des gesellschaftlichen Wandels der Konservatismus wieder an Bedeutung. Als politische Überzeugung bürdet er Rechtfertigungszwänge jenen auf, die etwas verändern wollen, und nicht jenen, die für den Erhalt bewährter Haltungen und Überzeugungen auftreten. Das konservative Denken beharrt auf bestimmten

unumstößlichen Überzeugungen und Wahrheiten. Konservative sehen Fortschritt in der schöpferischen Übernahme der Vergangenheit und nicht im Tabubruch und dem Neuen am besten verwirklicht. Nicht alles, was neu ist, ist auch automatisch gut und besser als das Traditionelle und Vertraute. Konservative Reformen wollen also eine Leistungsverbesserung des bestehenden Systems. Es ist konservative Überzeugung, dass sich Menschen zu allen Zeiten an bestimmten ethischen Normen und Werten zu orientieren haben.

## Die liberale Wurzel

„Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo die Freiheit des Anderen beginnt.“ Immanuel Kant

### Liberal sein heißt

Freiheit und Recht auf Selbstbestimmung

Recht auf Eigentum und freie Marktwirtschaft

Gewaltentrennung und rechtsstaatliches Prinzip

Verfassungsrechtlich garantierte Grundrechte

Im Liberalismus bildet die individuelle Freiheit die normative Grundlage der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Wenn die Volkspartei mit liberalen Traditionen in Verbindung gebracht wird, dann meistens mit Aspekten des Wirtschaftsliberalismus. Das ist sicher richtig: Die Volkspartei steht für die Ökosoziale Marktwirtschaft, freies Unternehmertum, Leistung und Wettbewerb und glaubt an den ehrbaren Kaufmann. Allerdings beschränkt sich das liberale Element nicht nur auf die Wirtschaft, sondern bezieht sich im Verfassungs- und Grundrechtsverständnis auf die großen liberalen Traditionen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit und damit auf eine weitgehende Freiheit vom Staat. Liberalismus in diesem klassischen Sinn tritt aktiv für den Wert von Wahlfreiheit und Selbstbestimmung ein. Der Liberalismus als ideengeschichtliches Kind von Aufklärung und französischer Revolution stellt die Freiheiten des einzelnen Menschen in den Vordergrund und lehnt jede Form des geistigen, sozialen, politischen oder staatlichen Zwangs ab.

Grundlage des Liberalismus ist der Wert der Freiheit und der Selbstbestimmung des Menschen. Diese muss begrenzt sein durch die Freiheit des Nächsten, um am Ende nicht beim Recht des Stärkeren zu enden. Der Grundwert der Leistung wird in der altliberalen Bedeutung doppelt aufgefasst. Einerseits bezieht sich Leistung auf die Leistungsfähigkeit des Einzelnen. Wer fleißig und tüchtig ist und sich mit seiner Hände Arbeit Eigentum und Vermögen aufbaut, ist ein Leistungsträger der Gesellschaft. Allerdings reduziert sich Leistung nicht nur auf den einzelnen Menschen. Auch der Mitmensch, die Gesellschaft und die Umwelt müssen mitbedacht werden. Der Leistungswille des Einzelnen erfordert also ein stark ausgeprägtes ethisches Bewusstsein von den Grenzen und Möglichkeiten des Machbaren. Leistung ohne Verantwortung für das Geleistete widerspricht den ethischen und sozialen Grundprinzipien. Die Leistung des einzelnen Menschen dient nicht dem bloßen Selbstzweck, sondern orientiert sich am gemeinsamen Wohl der Gesellschaft.

Der Liberale glaubt an die schöpferische Kraft des Einzelnen; das macht ihn zum Fürsprecher der Menschenrechte. Würde, Freiheit und Eigentum sind die höchsten Grundwerte. Liberale orientieren sich am mündigen Menschen und treten für Wahlmöglichkeiten und Wahlfreiheit ein. Staatliche Bevormundung lehnen sie entschieden ab. Liberale wissen, dass es die Steuergelder der Einzahler sind, die den Sozialstaat erst ermöglichen. Sie erwarten sich daher von der Ausweitung von Sozialleistungen und Staatshilfen nicht mehr soziale Gerechtigkeit. Mehr Steuern und eine höhere Abgabenquote für den Einzelnen führen nicht zu einer gerechteren Gesellschaft. Liberale glauben nicht an die Möglichkeit, Identitäten nach Belieben „konstruieren“ und die Welt „neu erfinden“ zu können, aber sie glauben an die Rechtsprechung. Die Bindung jeder Macht an das Recht und die Unabhängigkeit der Justiz gehört zu ihren Überzeugungen. Die Erwartungshaltungen an den Staat sind bescheiden, der liberale Bürger glaubt nicht, dass Bürokratie alle seine Probleme lösen kann und soll. Er gibt nicht struktureller Diskriminierung, dem Staat oder fremden Mächten die Schuld, sondern sucht Verantwortung für sein Handeln bei sich selbst. Bürokratische Vorschriften empfindet er als Bevormundung und unrechtmäßige Einmischung in seine Privatsphäre.

Der Staat kann nicht alle Probleme lösen. Daher müssen öffentliche Aufgaben immer wieder auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft werden. Es ist das liberale Ziel, öffentliche Ausgaben zu beschränken und zu senken. Eine hohe Staatsquote und hohe Steuerquoten für den einzelnen Bürger, die einzelne Bürgerin sind ungerecht. Nur die Freiheit des Individuums stärkt die Leistungsfähigkeit und verlangt von den Menschen, Entscheidungen zu treffen.

Liberalismus hat also nichts mit haftungsfreier Marktwirtschaft, Konsumismus oder nicht gedeckten Krediten zu tun. Leitbild des Liberalismus ist der ehrbare Kaufmann und nicht der angestellte Manager. Der Unternehmer ist der, der als Erster aufsteht und vom Markt seine Ware holt, selber seinen Laden aufsperrt und sich für seine Mitarbeiter persönlich verantwortlich fühlt.

Liberale nehmen Anteil am Schicksal der Mitmenschen, weshalb sich die Freiheit des Einzelnen nicht im Egoismus erschöpft. Freiheit bedeutet also Verantwortung, Verantwortung für sich und die Mitmenschen. Wer auf Kosten anderer lebt, die Gesellschaft ausnützt und strukturelle Ungleichheiten für sein Schicksal verantwortlich macht, ist nicht liberal.

Das liberale Menschenbild ist somit ein realistisch-bescheidenes, es geht davon aus, dass Wohlstand mittel- und langfristig nur durch harte Arbeit, Fleiß und Einsatz zustande kommt.

Der liberale Bürger weiß, dass Freiheit und Wohlstand stets aufs Neue errungen werden müssen. So formulierte der Gründervater der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhard: „Die stärkste Stütze einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist der Wille der Individuen, sich die Freiheit ihrer Lebensführung zu bewahren und sich nicht in allen Lebensäußerungen schablonisieren, uniformieren und kollektivieren zu lassen.“

Die liberale Wurzel der Volkspartei versteht liberal also im Sinn der „Freiheit vom Staat.“ Daraus ergeben sich für uns besondere Prioritäten in Bezug auf das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zum Staat.

- Staatliches Handeln darf nur auf Grundlage von Gesetzen erfolgen (Art. 18 B-VG).
- Es gilt das rechtsstaatliche Prinzip.
- Die verfassungsrechtlich gewährleisteten Grundrechte sind doppelt für den einzelnen Bürger, die einzelne Bürgerin abgesichert. Sie können nur unter erschwerten Bedingungen aufgehoben werden und Beschwerden können direkt an den Verfassungsgerichtshof abgegeben werden. Nur diese Prinzipien schützen die Bürgerin und den Bürger vor staatlicher Willkür.

**Exkurs: Was ist eigentlich „der Staat“, wie wir ihn verstehen?**

„Der Staat“ als Begriff kommt auch in diesem Buch permanent vor. Einmal in Verbindung mit der Freiheit vom Staat, dann wieder in Verbindung mit dem Begriff „Solidarität“, wo man vom Staat verlangt, dort einzuspringen, wo dem bedürftigen Individuum geholfen werden muss. Dann wieder bei den Begriffen „Daseinsvorsorge“ und „Subsidiarität“.

Immer spielt der Staat eine entscheidende Rolle, geht es doch in der Politik streng rechtlich gesehen um staatliche Willensbildung und -durchsetzung. Was ist aber „der Staat“?

**Nach der Staatslehre setzt sich der Staat aus drei Elementen zusammen:**

1. dem Staatsgebiet
2. dem Staatsvolk
3. der Staatsgewalt

Kern des Staates ist die Souveränität. Das bedeutet, dass wir die Regeln unseres Zusammenlebens – in diesem Fall vor allem die Gesetze – (nur) für unser eigenes Staatsgebiet bestimmen können. Die Einmischung anderer Staaten in die Frage „Wie wollen wir unser Zusammenleben gestalten?“ ist grundsätzlich nicht zulässig. Diese Frage ist in Zusammenschau mit der Europäischen Union natürlich besonders zu beachten. Unsere Mitgliedschaft dort bringt uns viel Mitsprache und Vorteile vor allem bei international zu lösenden Fragen, aber natürlich in einigen Bereichen auch eine Aufgabe von Souveränität. Daher stellte der Beitritt zur Europäischen Union auch eine „Gesamtänderung der Bundesverfassung“ dar, die 1994 einer Volksabstimmung nach Art. 44 [3] B-VG unterzogen werden musste.

Die Staatsform bestimmt die Staatsgewalt. Das sind im Falle Österreichs, geprägt durch das demokratische und das republikanische Grundprinzip, in unserer Verfassung Bundespräsident und Bundesregierung, Landesregierungen und in den Gemeinden die Gemeindevertretungsorgane [Bürgermeister und Gemeinderat]. Diese Exekutiv-Organen werden periodisch mittelbar oder unmittelbar vom Staatsvolk gewählt. Die Bundesre-

gierung, die Landesregierungen und ihre jeweiligen Dienststellen sind für die Vollziehung der vom Parlament beschlossenen Gesetze verantwortlich. Neben freien demokratischen Wahlen sind die Grundpfeiler unseres Staates die Gewaltenteilung, der Rechtsstaat und ein gewachsenes System von „Checks and Balances“. In anderen Staaten oder in früheren Zeiten ist diese Staatsform autoritär geprägt, als Diktatur, Monarchie oder Oligarchie.

Spätestens seit dem Ende des Dreißigjährigen Krieges (Westfälischer Frieden 1648) begann sich generell ein Staatsbegriff zu entwickeln, bei dem die Bürger Steuern entrichten und von der Staatsgewalt dafür im Gegenzug Ordnung erwarten. Eine Ordnung im Sinne von innerer und äußerer Sicherheit, einem Staatswesen und einer Durchsetzung von Rechtsfrieden entstand.

Dafür wurde dem Staat ein Gewaltmonopol eingeräumt. Nur der Staat darf grundsätzlich Zwangsmaßnahmen einsetzen, um Ordnung herzustellen. Dazu bedient sich der Staat seiner Befehls- und Zwangsgewalt, die er zum Beispiel über beamtete Vollzugsorgane wie Richter, Polizei, Heer und Justizwache ausübt. Wir vergessen in unserer von Individualismus, Freiheit und Unabhängigkeit geprägten Zeit viel zu oft, dass letztlich erst (die Androhung von) Gewalt – Zwangsmaßnahmen in den verschiedensten Ausprägungen – die Ordnung sichert. Dort, wo sich der Staat zurückzieht, bedeutet das nicht ein Ende der Gewalt, sondern, dass die Gewalt von anderen ausgeübt wird, um „ihre“ Form der Ordnung herzustellen und zu wahren. Diskussionen, wie weit die Staatsmacht gehen darf, muss es in einer lebendigen Demokratie immer wieder geben.

## Die christlich-soziale Wurzel

„Ich wage zu behaupten, dass es allein die christdemokratischen Parteien sind, die nach einem gesellschaftlichen Modell Politik machen. Für die Volkspartei waren soziale Grundsätze immer eine Selbstverständlichkeit.“ Alois Mock

### Christlich-sozial heißt

Zusammendenken von Individuum und Gesellschaft

Vorrang des Menschen vor dem Staat

Nachhaltig wirtschaften

Pflicht des Staates zur sozialen Gesetzgebung

So wie sich die Kirche heute nicht an eine politische Partei bindet oder sich von einer solchen vereinnahmen lässt, ist es ein entscheidendes Merkmal der Volkspartei, dass sie – im Gegensatz etwa zum politischen Katholizismus der Zwischenkriegszeit – keine konfessionelle (in starker inhaltlicher Abhängigkeit von der Kirche) bzw. klerikale (in starker organisatorischer Verschränkung mit der Kirche) Politik betreibt, sondern als säkulare Partei Religion als ethisch-religiösen Impuls für ihr politisches Handeln versteht.

Die Volkspartei bekennt sich stark zu ihren sozialreformatorischen Wurzeln und hat von ihrem Selbstverständnis her die soziale Frage im Blick. Den entscheidenden Durchbruch erzielten christdemokratische Parteien nach dem Zweiten Weltkrieg, als sie sich von inhaltlich und organisatorisch eng mit der Kirche verschränkten konfessionellen Parteien (politischer Katholizismus) zu überkonfessionellen Volksparteien weiterentwickelten. Sie übernahmen in vielen Staaten Regierungsverantwortung und initiierten die europäische Integration, deren Gründung untrennbar mit den Namen Robert Schuman, Konrad Adenauer und Alcide de Gasperi verbunden ist. Auch in außereuropäischen Ländern, insbesondere in Lateinamerika, entstanden gleichartige Parteien. In Großbritannien und in den USA hin-

gegen wurde die Christdemokratie nie zum Markenzeichen einer politischen Partei.

## Versöhnung von Individualismus und Kollektivismus – die Christdemokratie

Die Christdemokratie hat basierend auf dem christlich-humanistischen Menschenbild einen dritten politischen Weg entwickelt, der auf den Erkenntnissen der christlichen Soziallehre aufbaut. Die Entwicklung der christlichen Soziallehre im 19. Jahrhundert war die Antwort der Kirche auf die negativen Auswirkungen der industriellen Revolution, Verstädterung und der prekären Lage der Arbeiterschaft. Damals entstanden neue Freiheiten für den Einzelnen, neue Arbeitsformen, aber auch neue soziale Probleme. In einem umfassenden Verständnis ist die christliche Soziallehre so alt wie das Christentum selbst und durch das Wirken von Jesus vorgelebt. Im Unterschied zum Marxismus sucht die christliche Soziallehre eine Lösung gesellschaftlicher Probleme nicht in revolutionären, sondern in evolutionären Kategorien, das heißt in der ständigen Verbesserung und Weiterentwicklung des bestehenden politischen Systems. Als Geburtsstunde der Soziallehre gilt die Enzyklika „Rerum Novarum“ Papst Leos XIII. vom 15. Mai 1891. Wesentliche Ansätze der Katholischen Soziallehre sind hier begründet, unter anderem:

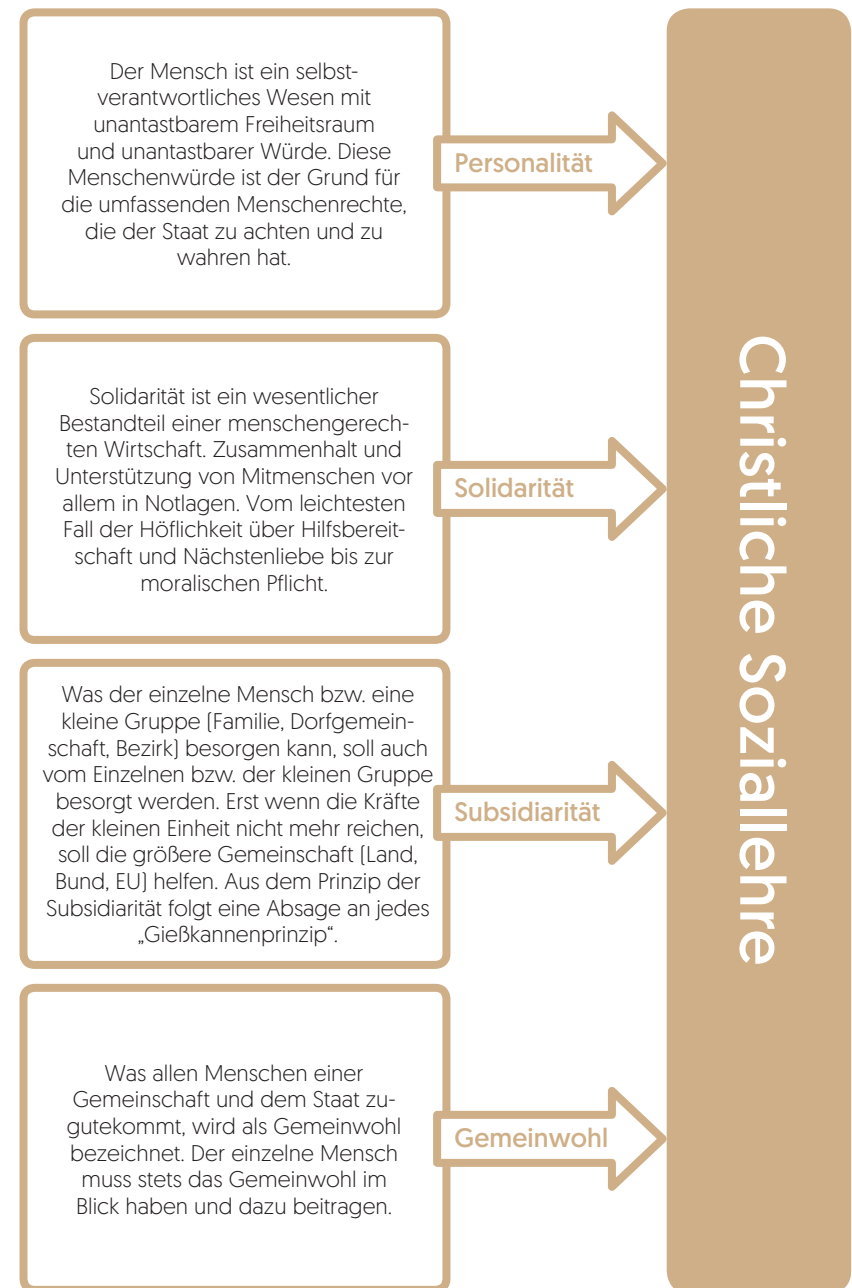
- ▣ Das Recht auf Privateigentum
- ▣ Der Vorrang des Menschen vor dem Staat
- ▣ Die Wahrung der Würde des Menschen am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft
- ▣ Die Ablehnung von Klassenkampf und Gleichmacherei
- ▣ Die Pflicht des Staates zur sozialen Gesetzgebung



### Die christliche Soziallehre

Die zeitlose Faszination, die vom Neuen und Alten Testament auf die Menschen abstrahlt, erschließt sich nicht bloß praktizierenden Christinnen und Christen. Sie bietet für viele Bürgerinnen und Bürger einen überzeugenden Kanon von Regeln für ein gerechtes menschliches Miteinander. Besonders faszinierend an den ethischen Regeln der Bibel ist ihre Anschaulichkeit. So veranschaulicht das Gleichnis vom barmherzigen Samariter (Lukas 10,25-37) den Wert der Nächstenliebe. In diesem Gleichnis wird ein Mann auf dem Weg von Jerusalem von Räubern überfallen. Diese plündern ihn aus und lassen ihn schwer verletzt liegen. Ein vorüberkommender Priester sieht ihn und geht weiter, ebenso ignoriert ihn ein Levit. Schließlich findet ihn der barmherzige Samariter. Er versorgt den Überfallenen, bringt ihn zu einer Herberge und kommt für die Kosten der Übernachtung und der Heilung auf. Jesus Christus zeigt mit diesem Gleichnis, worauf es beim Helfen ankommt: für seinen Mitmenschen da zu sein, wenn dieser in Not ist. Zu handeln und nicht Verantwortung an andere Mitmenschen abzuschieben.

Dieses spontane und uneigennützig Handeln ist zentral zum Verständnis der christlichen Soziallehre. Und der Wert der Solidarität bildet den Schlüssel zum Verständnis der christlichen Soziallehre. Im Christentum ist der Mensch einerseits Ebenbild Gottes, gleicht aber in seiner Vergänglichkeit den übrigen Geschöpfen. Der Mensch kann als freie und selbstverantwortliche Person selbstbestimmt handeln und die Unterscheidung zwischen Gut und Böse treffen. Er ist verantwortlich für sein Tun und Lassen – vor sich selbst, vor seinen Mitmenschen und vor Gott. Er besteht in seinem Wesen aus einer Individual- und einer Sozialnatur (Gemeinschaftswesen Mensch). Der Gedanke der Würde des Menschen nimmt von hier seinen Ausgang.





### 3 Wir sehen für jeden Menschen eine Aufgabe in unserer Gesellschaft. *Und erwarten Respekt für unsere Gesellschaft und ihre Werte.*

Jede und jeder kann einen Beitrag für eine lebenswerte Gesellschaft leisten: in den Familien, im Beruf, in Vereinen und in anderem ehrenamtlichen Engagement. Wir wollen die Verantwortung für die Gemeinschaft stärken, weil sie Voraussetzung für starke Demokratie, gegenseitigen Respekt und lebendige Solidarität im Land ist. Wer die in der Verfassung verankerten Werte der Gesellschaft und damit unsere Leitkultur grundsätzlich ablehnt, soll auch nicht von ihren Leistungen profitieren.

### 4 Wir sind die Partei der Ökosozialen Marktwirtschaft. *Weil es ohne unternehmerisches Denken und Leistung weder nachhaltigen Wohlstand noch soziale Sicherheit gibt.*

Wirtschaftliche Leistungskraft, die von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Unternehmerinnen und Unternehmern partnerschaftlich erarbeitet wird, ist das Fundament unseres Gesellschaftsmodells. Wir wollen sie fördern – und nicht bestrafen. Das Wirtschafts- und Sozialmodell der Ökosozialen Marktwirtschaft verbindet größtmögliche wirtschaftliche Freiheit und Leistung mit sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit. Unternehmerisches Denken und Handeln bringt uns in allen Bereichen der Gesellschaft weiter. Arbeit und Sparen müssen sich lohnen. Wir wollen sozialen Aufstieg, Chancengerechtigkeit und den Erwerb von Eigentum fördern. Eigentum ist der Schlüssel für Unabhängigkeit und Wirtschaftskraft. Unser Ziel ist ein starker und breiter Mittelstand in der Gesellschaft.

### 5 Wir denken und handeln als Österreichische Volkspartei europäisch. *Weil ein besseres Europa besser für Österreich ist.*

Wir waren die treibende Kraft für den Österreichischen Staatsvertrag 1955 und für Österreichs Beitritt zur Europäischen Union 1995. Die Liebe zur Heimat Österreich und die Begeisterung für ein geeintes Europa sind keine Gegensätze. Wir wollen Europa verantwortungsbewusst weiterentwickeln und vertiefen, weil das besser für Österreich ist. Europa muss sich verstärkt mit den großen Aufgaben beschäftigen, für die Regionen und Staaten im globalen Wettbewerb zu klein sind. Ziel ist ein geeintes, demokratisches und sicheres Europa, das stark in der Welt ist.

#### Exkurs: Das ordnungspolitische Modell der Ökosozialen Marktwirtschaft



1987 hat Joschi Riegler erstmalig das „strategische Dreieck“ der Ökosozialen Marktwirtschaft formuliert: „Ökonomisch leistungsfähig, sozial orientiert, ökologisch verantwortungsvoll“. 1989 hat die Volkspartei das fertige Konzept der Ökosozialen Marktwirtschaft beschlossen.

Die Ökosoziale Marktwirtschaft denkt Ökologie und Ökonomie zusammen. Damit sich Umweltschutz auch lohnt, sind folgende ordnungspolitische Instrumente notwendig:

- ▣ Ökologische Kostenwahrheit
- ▣ Striktes Verursacherprinzip
- ▣ Umbau von Steuern, Abgaben und Förderungen zugunsten der Nachhaltigkeit

Die Marktwirtschaft ist das Wirtschaftsmodell, welches der Natur des Menschen und seinen Bedürfnissen am meisten entspricht, weshalb es auch als natürliches Wirtschaftsmodell bezeichnet wird.

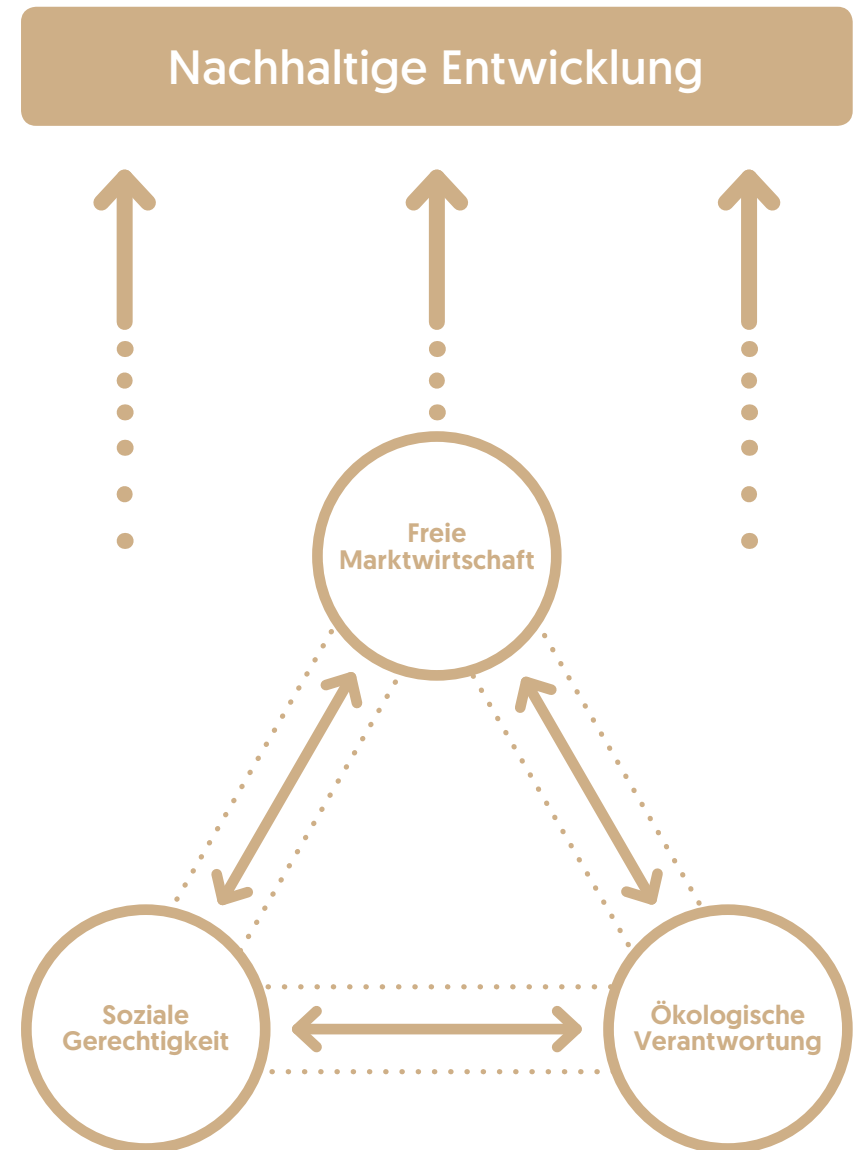
Wirtschaft gibt es immer und überall dort, wo Menschen zusammenleben. Sie umgibt uns, ohne dass wir es bewusst merken – wie Wasser die Fische. Das erfolgreichste Wirtschaftsmodell seit dem Zweiten Weltkrieg ist die Ökosoziale Marktwirtschaft.

Der CDU-Politiker Ludwig Erhard gilt als der Begründer der Sozialen Marktwirtschaft. In seiner programmatischen Schrift „Wohlstand für Alle“ aus dem Jahr 1957 entwarf der deutsche Politiker ein Wirtschaftsmodell, das auf Basis einer marktwirtschaftlichen Ordnung zur Überwindung der Armut und einer allgemeinen Wohlstandssteigerung führt. Erhard fasst Ökonomie gewissermaßen als Friedensprojekt auf, da sie in einer neuen Gesellschaftsordnung münden soll, in der die wirtschaftliche und persönliche Freiheit des Einzelnen an oberster Stelle stehen. Grundlage seines Wirtschaftsmodelles ist das Bekenntnis zum freien Markt. Aber überall, wo der Markt versagt, soll der Staat regulierend und schützend eingreifen. Der Staat soll also mit „Rahmenbedingungen“ einen funktionierenden Markt schaffen.

Bis in die 1980er-Jahre war die Soziale Marktwirtschaft in Österreich sehr erfolgreich. Dann erkannten die Bürgerinnen und Bürger und die Politik jedoch, dass die rasante Industrialisierung schwere ökologische Schäden mit sich brachte: Klimawandel, Waldsterben, Gewässerverschmutzung, Feinstaubbelastung, wachsende Müllberge und ähnliche Probleme bewirkten einen Nachdenkprozess. Die Soziale Marktwirtschaft musste um einen ökologischen Aspekt ergänzt werden.

1987 gilt als das Geburtsjahr der Ökosozialen Marktwirtschaft in Österreich. Im „Manifest für eine Ökosoziale Agrarpolitik in Österreich“ formulierte der damalige Landwirtschaftsminister und spätere Vizekanzler Josef Riegler erstmals die Ziele der Ökosozialen Marktwirtschaft. Nach seiner Wahl zum Bundesparteiohmann wurde 1989 das sogenannte Riegler-Modell, die „Ökosoziale Marktwirtschaft“, beim Zukunftsparteitag der Volkspartei in Graz als ordnungspolitisches Modell der Volkspartei beschlossen.

**Grundlagen der  
Ökosozialen Marktwirtschaft**



Es handelt sich dabei um ein Drei-Komponenten-Modell, dessen Prinzipien der ökologischen Verantwortung und sozialen Gerechtigkeit unter der Bedingung einer freien Marktwirtschaft zu einer nachhaltigen Entwicklung führen sollen. Die Ökosoziale Marktwirtschaft baut auf die drei Säulen Marktwirtschaft, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung auf. An erster Stelle steht dabei die Erkenntnis, dass es ohne die Marktwirtschaft weder Wohlstand noch Sozialstaat und ohne den Sozialstaat keine soziale Gerechtigkeit gibt.

Die freie Marktwirtschaft basiert auf den Ideen des Liberalismus, wonach die und der Einzelne selbstbestimmt und eigenverantwortlich individuelle Entscheidungen, etwa über Konsum, Produktion oder Investition, treffen. Eine Marktwirtschaft braucht allerdings auch klare Spielregeln, insbesondere wenn es um gesellschaftliche Ziele geht, die eine völlig ungeordnete Marktwirtschaft nicht von selbst erreichen würde. Solche Ziele sind etwa Klima- und Umweltschutz, Rechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder Nachhaltigkeit.

„Nachhaltiges Wirtschaften“ bedeutet, dass die jetzt lebenden und wirtschaftenden Menschen die Erde so nutzen sollen, dass die nachfolgenden Generationen dies ebenso machen können. Aus der Forstwirtschaft kennen wir das Prinzip, dem Wald nur so viel zu entnehmen, wie auch wieder nachwachsen kann. Nachhaltige Wirtschaftspolitik heißt auch, solide mit den Staatsfinanzen hauszuhalten und generationengerechte Budgets zu erstellen.

Ökosoziale Marktwirtschaft steht für eine Balance von ökologischer, sozialer und ökonomischer Nachhaltigkeit. Ökosoziale Wirtschaftspolitik ist zukunftsfähig, d. h. verantwortungsvoll gegenüber den nächsten Generationen. Weltweit haben alle Menschen und auch künftige Generationen das Recht auf ein gutes Leben in einer intakten Umwelt.

Aus dem Büchershop



### Unsere Publikationen im Büchershop

Die Herausgabe von Publikationen gehört zu den Aufgaben der Politischen Akademie. Monografien und Sammelbände behandeln unterschiedlichste politische Themen - von der jährlichen Dokumentation des politischen Jahres bis zur grundsätzlichen wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit aktuellen Fragen.





## Sieben Grundwerte

Die Werte der Österreichischen Volkspartei bauen auf dem christlich-humanistischen Menschenbild auf. Dabei ist klar, dass Werte niemals absolut gesetzt werden dürfen, sondern nach den Anforderungen der jeweiligen Zeit zu interpretieren und zu gestalten sind. Die wichtigsten Grundwerte der Volkspartei sind Maßstab unseres politischen Handelns. Diese bürgerlichen Werte begrenzen und ergänzen einander, stehen aber auch in einem Spannungsfeld zueinander. Ihre Gewichtung untereinander sinnvoll zu gestalten, ist Aufgabe und Kern unserer politischen Arbeit. Nachfolgend werden die sieben Grundwerte des aktuellen Grundsatzprogrammes kurz vorgestellt.

### Freiheit

Jeder Mensch ist eine freie und deshalb auch für sein Handeln verantwortliche Person. Freiheit bedeutet Selbstbestimmung, die sich auf das Gewissen und die Vernunft jedes Einzelnen stützt. Freiheit entfaltet sich in Gemeinschaft: Die Freiheit des einen endet dort, wo die Freiheit des anderen beginnt. Die wichtigste Aufgabe des liberalen Rechtsstaates ist es, die Freiheit des Menschen zu schützen. Wir treten gegen jede Form staatlicher Bevormundung und für den konsequenten Schutz privaten Eigentums als Ausdruck persönlicher Freiheit ein. Freiheits- und Eigentumsrechte sowie die Privatsphäre müssen auch angesichts technologischer Entwicklungen gesichert und weiterentwickelt werden.

### Verantwortung

Es gibt keine Freiheit ohne Verantwortung. Durch seine Freiheit ist der Mensch für sich und für die Gemeinschaft verantwortlich. Die Herausforderungen der Zukunft sind nur dann lösbar, wenn wir Verantwortung im Privatleben, im Beruf, in Gesellschaft und Politik ernst nehmen. Wir treten

für eine aktive Bürgergesellschaft ein, die Verantwortung nicht abgibt, sondern wahrnimmt. Soziales Verantwortungsbewusstsein sowie Gestaltungs- und Veränderungsbereitschaft gehen Hand in Hand. Wir vertrauen zuallererst auf die Fähigkeiten der Menschen, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln.

### Nachhaltigkeit

Unser Verständnis von Verantwortung für die Schöpfung reicht über die Gegenwart hinaus. Wir bekennen uns mit dem Wert der Nachhaltigkeit zur Verantwortung für die Umwelt sowie die Zukunftschancen der künftigen Generationen. Nachhaltigkeit steht für Denken und Handeln, das Bedürfnisse der Gegenwart deckt, ohne dadurch künftige Entwicklungschancen zu schmälern. Wir setzen uns in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik für zukunftsverträgliche Entwicklungen ein. Die Politik soll den Anforderungen und Bedürfnissen der nächsten Generation entsprechen. Der nachhaltige Umgang mit der Natur und eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung sind keine Gegensätze, sie bedingen einander. Eine Politik des geprüften Fortschritts ist gerade mit Blick auf den Nachhaltigkeitsgedanken wichtig: Neues muss in der Gesellschaft die Chance bekommen, sich auch unter dem Nachhaltigkeitsaspekt zu bewähren. Im Sinn der Wahrung der Schöpfung ist uns auch der Schutz der Tiere ein Anliegen.

### Leistung

Leistung ist selbstverständlicher Teil persönlicher Entfaltung und Kreativität. Leistung wird in vielfältigen Zusammenhängen erbracht: in den Familien, in Bildung und Beruf, im Wirtschafts- und Arbeitsleben, in Vereinen, im Ehrenamt. Die Leistungs- und Entwicklungsbereitschaft des einzelnen Menschen ermöglicht und erhöht die Gestaltungs- und Zukunftsfähigkeit der Gemeinschaft. Deshalb fördern wir Fleiß und Leistungswillen und die Bereitschaft zum unternehmerischen Risiko. Unternehmerisches Denken und Handeln im Sinn des „ehrbaren Kaufmanns“ soll in allen gesellschaftlichen Bereichen Leitbild sein: Nachhaltig denken und handeln, den anderen respektvoll zu behandeln und Verantwortung für das eigene Tun zu



übernehmen, sind allgemein gültige Prinzipien. Leistung muss sich lohnen und darf nicht bestraft werden. Wer Leistung nicht oder nicht mehr erbringen kann, hat Anspruch auf Hilfe der Solidargemeinschaft.

## Solidarität

Der Wert der Solidarität fußt auf dem Wissen um unsere gegenseitige Abhängigkeit als Menschen und findet im christlichen Grundsatz der Nächstenliebe ihren besonderen Ausdruck. Wir sehen für jeden Menschen, unabhängig von seiner Leistungsfähigkeit, eine Aufgabe und einen Platz in der Gesellschaft. Wer die Hilfe der Gemeinschaft braucht, soll sie auch bekommen. Solidarität ist keine ausschließlich staatliche Aufgabe. Eigenvorsorge und staatlich verbürgte Solidarität müssen im Gleichgewicht sein. Solidarität ist keine Einbahnstraße. Uns ist nicht nur die Solidarität mit jenen wichtig, die soziale Leistungen in Anspruch nehmen müssen, sondern auch mit jenen, die soziale Leistungen finanzieren und erbringen. Der Einzelne darf von der Gemeinschaft nur das fordern, was er aus eigener Kraft nicht leisten kann. Wir lehnen eine Trittbrettfahrer-Mentalität in allen Bereichen ab. Wer sich gegen die in der Verfassung verankerten Werte der Gesellschaft grundsätzlich stellt, soll auch nicht von ihren daraus abgeleiteten solidarischen Leistungen profitieren.

## Subsidiarität

Subsidiarität bedeutet Vorrang für Eigenverantwortung und die kleinere Einheit. Die Einzelnen und kleine Gemeinschaften sollen befähigt werden, ihre Aufgaben möglichst eigenverantwortlich zu lösen. Größere Einheiten sollen jene Aufgaben und Kompetenzen übernehmen, die nur von ihnen zu bewältigen sind. Subsidiarität fördert lebensnahe Lösungen und entlastet übergeordnete Gemeinschaften und den Staat. Dem Subsidiaritätsprinzip soll daher die Aufgabenteilung zwischen lokaler, regionaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene folgen. Daher treten wir für selbständige Länder und leistungsfähige Gemeinden ein. Subsidiarität ist ein Schlüsselwert im gemeinsamen Europa. Sie ist auch Garant gegen zentralistische Tendenzen in der Europäischen Union.

## Gerechtigkeit

Basis der Gerechtigkeit ist die Gleichheit der Menschen in ihrer Würde und Freiheit. Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und müssen den gleichen Zugang zum Recht besitzen. Ungleich sind die Menschen in ihren Anlagen, Fähigkeiten, Begabungen und Interessen. Das ist Ausdruck der Einmaligkeit und Individualität des Menschen. Die große Herausforderung liegt für uns darin, Chancengerechtigkeit für alle Menschen zu fördern. Wir versprechen nicht gleiche Ergebnisse, sondern arbeiten für gerechte Chancen. Wir treten für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern auf allen Ebenen ein.



## Werte und Wurzeln im Bildungsraum online

**TIPP!**  
Die inhaltliche  
Online-Ergänzung  
zum vorliegenden  
Buch!

Im Bildungsraum online finden Sie ein **fünfteiliges Tutorial** mit informativen Lerneinheiten zum Wertefundament und christlich-humanistischen Menschenbild der Volkspartei sowie zu ihren drei Wurzeln, fünf Grundsätzen und sieben Grundwerten. Praktisch erklärt vom Werte-Experten Dietmar Halper.

Außerdem erklären in **Videos** die Vorstandsmitglieder der Politischen Akademie ihre persönlichen Zugänge zu den Werten und Wurzeln der Volkspartei. Sie erklären, wie sie diese interpretieren, und wie sie in ihr tägliches Tun einfließen.

Die Werte und Wurzeln-Angebote online:  
<https://bildungsraum.politische-akademie.at>



## → 2. Geschichte und Struktur der Volkspartei

## 2.1 Gründung und Entwicklung der Programmatik

Gründung	1945
Vorsitzender	Karl Nehammer
Mitglieder	600.000
Europapartei	Europäische Volkspartei (EVP)

Die am 17. April 1945 im Wiener Schottenstift von einem kleinen Personenkreis rund um Leopold Figl, Felix Hurdes, Leopold Kunschak, Hans Pernter, Julius Raab und Lois Weinberger gegründete Österreichische Volkspartei koppelte sich programmatisch bewusst von der Christlich-sozialen Partei der Ersten Republik ab und bekannte sich zu einer klaren Trennung von Partei und Kirche. Schon bei ihrer Gründung verstand sich die Volkspartei als breite bürgerliche Sammelbewegung, die vor allem die politischen Ansätze der christlichen Soziallehre, des Konservatismus und des Liberalismus in sich vereinte. Der soziodemografische Fokus auf Gewerbe, Angestellte, Bauern, Unternehmer und Beamte spiegelte sich auch in der Parteistruktur mit sechs Bünden wider. Ziel war es, zur Sammelpartei aller Stände und Bevölkerungsgruppen zu werden. Männer, Frauen, Christen, Angehörige anderer Konfessionen, konfessionell Ungebundene, Agnostiker, Selbstständige, Arbeitnehmer, Landwirte, Jugendliche, Senioren und Industrielle fanden und finden heute noch in der Volkspartei ihre politische Heimat. Der Begriff „Volkspartei“ ist nicht völkisch gemeint, sondern bringt ihr Selbstverständnis als Integrationspartei für alle Bürgerinnen und Bürger zum Ausdruck. Die Politik der Volkspartei will die Interessen und Anliegen aller Alters- und Berufsgruppen abdecken. Gemeinsame Werte und nicht Standesinteressen bestimmen dabei das politische Handeln. In den Grundwerten lässt sich dieses Selbstverständnis als Integrationspartei gut nachvollziehen.

Die Volkspartei stellte nach 1945 in 17 von 34 Bundesregierungen den Bundeskanzler. Zwischen 1945 und 1966 gab es eine große Koalition zwischen Volkspartei und SPÖ mit den Volkspartei-Kanzlern Leopold Figl, Julius Raab und Alfons Gorbach. Die Volkspartei verantwortete den Wiederaufbau und erreichte durch umsichtige Wirtschaftspolitik das sogenannte Wirtschaftswunder. In den 1950er-Jahren entwickelte die Volkspartei den Raab-Kamitz-Kurs. Dieses Wirtschaftsprogramm war ausgerichtet auf Sparsamkeit und eine harte Schilling-Währung. Bei den Nationalratswahlen 1966 gewann die Volkspartei die absolute Mehrheit. Josef Klaus führte die erste Alleinregierung der Zweiten Republik zwischen 1966 und 1970. Der gesellschaftliche Wandel Ende der 1960er-Jahre führte 1970 zu einem politischen Machtwechsel in Österreich, und die Volkspartei ging für 17 Jahre in die Opposition. Alois Mock gelang es, in der Opposition, die Volkspartei neu zu positionieren. Der große Erfolg des Volkspartei-Volksbegehrens zur „Erlassung eines Konferenzzentrum-Einsparungsgesetzes“, hohe Steuer- und Abgabenbelastungen für breite Bevölkerungsschichten sowie eine falsche Wirtschaftspolitik der SPÖ („Verstaatlichte Industrie“) führten 1983 zum Verlust der absoluten Mandatsmehrheit der SPÖ, die anschließend zum ersten Mal bis 1987 mit der FPÖ koalierte. Zwischen 1987 und 2000 regierte wieder die Große Koalition mit der Volkspartei als Juniorpartner.

Nach den Nationalratswahlen 1999 gelang es Wolfgang Schüssel, für die Volkspartei erstmals seit 30 Jahren nach langen Verhandlungen den Kanzlerposten zurückzugewinnen. In der Ära Schüssel I und II zwischen 2000 und 2007 erreichte die Volkspartei für Österreich ein Nulldefizit, eine Pensionsreform sowie zahlreiche wirtschaftspolitische Modernisierungen. Schüssel führte die Volkspartei nach zwei erfolgreichen Legislaturperioden auch in die Nationalratswahlen 2006, bei denen die Volkspartei unglücklich und nach hartem Negative Campaigning verlor. Ab 2007 gab es in Österreich wieder eine Große Koalition mit der Volkspartei als Juniorpartner, die nach den Nationalratswahlen 2008 und 2013 fortgesetzt wurde. Im Jahr 2017 hat Sebastian Kurz für die Volkspartei nach mehr als einem Jahrzehnt wieder das Bundeskanzleramt zurückerobert. Nach dem Rückzug aus der Politik von Sebastian Kurz ist Karl Nehammer seit Dezember 2021 Bundeskanzler der Republik Österreich. Zuvor war Nehammer rund zwei Jahre Bundesminister für Inneres.

Aus dem Büchershop

politische akademie




**75 Jahre Volkspartei**  
Geschichte in Geschichten

Kostenlos  
als Online-Ausgabe  
oder per Post\*  
**erhältlich!**  
\*) zzgl. Postgebühren

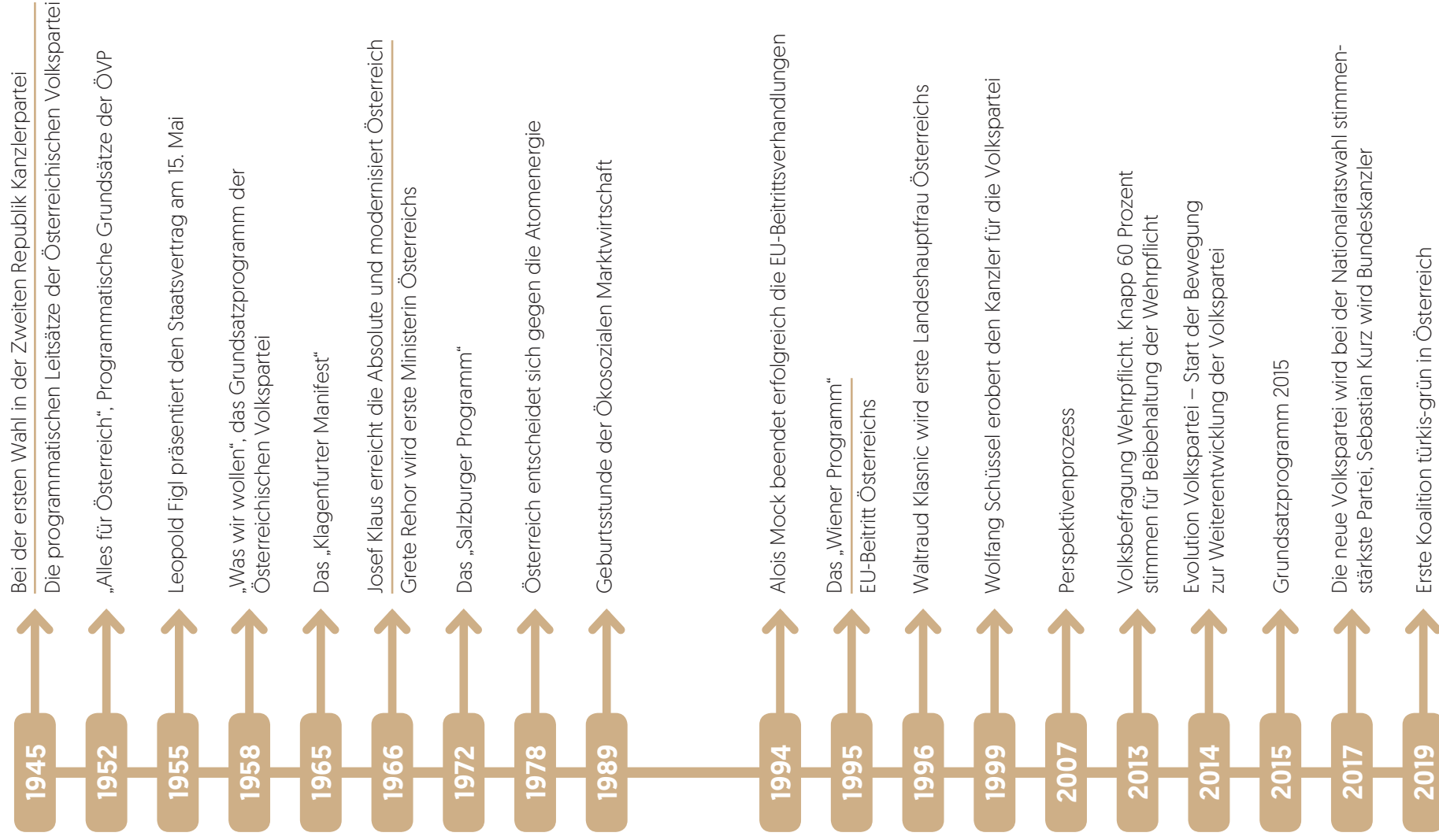
Geschichten und Anekdoten aus 75 Jahren Volkspartei illustrieren, was die Österreichische Volkspartei ausmacht – und was sie unverwechselbar macht: Ihr Selbstverständnis als staatstragende Partei der Zweiten Republik. Ihr Einsatz für Österreich und seine Bevölkerung – ohne Wenn und Aber. Ihre Spitzenpolitiker, die stets pragmatisch Lösungen gesucht und gefunden haben. Und ihre Bereitschaft als Partei, immer wieder neue Wege für wichtige Werte zu gehen. Das war nicht immer einfach. Aber einfach richtig. Für Österreich.

Politische Akademie [Hg.] | edition noir  
ISBN: 978-3-9504382-6-0




## Zeittafel Volkspartei

Seit 1945 hat die Volkspartei als **staatstragende Partei die Geschichte Österreichs wesentlich mitgestaltet.**



## Die Parteiprogramme

- 1945** „Programmatische Leitsätze“: Bekenntnis zu Österreich; Integration aller Schichten und Stände; christdemokratische Akzentuierung ohne Bindung an die Kirche.
- 1952** „Alles für Österreich“: Betonung des „Solidarismus“ in Abgrenzung zu Kollektivismus und Individualismus; Soziale Marktwirtschaft; breite Vermögensstreuung, etwa durch Wohnungseigentum („Entproletarisierung der Nichtbesitzenden“ statt „Verproletarisierung der Besitzenden“).
- 1958** „Was wir wollen“: Festschreibung des marktwirtschaftlichen Raab-Kamitz-Kurses; Wirtschaftswachstum als zentrale Zukunftsperspektive; Abwehr der Bedrohung des Menschen durch die „wachsende Macht des Staates“; Eintreten für ein „europäisches Engagement“.
- 1972** „Salzburger Programm“: Reaktion auf 1968, Auseinandersetzung mit gestiegenem Wunsch nach politischer Mitbestimmung; Definition als „Partei der fortschrittlichen Mitte“; Ableitung des Gestaltungswillens „aus einem christlich begründeten Verständnis von Mensch und Gesellschaft“; sechs Werte: Freiheit, Gleichheit, Leistung, Partnerschaft, Aufgabenteilung und Partizipation; Programmprozess begleitet von breiter, intensiver Diskussion, Publikationen usw.
- 1989** „Ökosoziale Marktwirtschaft“: Begrenztheit der natürlichen Ressourcen, Einbeziehung des Faktors Umwelt in die Soziale Marktwirtschaft durch Bewertung der Umweltkosten.
- 1995** „Wiener Programm“: wesentliche gesellschaftliche und politische Veränderungen – z.B. geänderte innenpolitische Landschaft, Fall des Eisernen Vorhangs 1989, Umweltprobleme, Grenzen der Finanzierbarkeit von Sozial- und Gesundheitssystemen, Veränderung des familiären Zusammenlebens, Migration, „Alterung“ der Gesellschaft, Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, Informationsgesellschaft, EU-Beitritt, Abnahme der „belastbaren Solidarität“ in der Gesellschaft.

- 2015** Grundsatzprogramm 2015: Die Volkspartei positioniert sich im politischen Zentrum und als Partei der gesellschaftlichen Mitte. Ordnungspolitisch wird die Ökosoziale Marktwirtschaft weiterentwickelt,

### Exkurs: Aufarbeitung der Geschichte

Über die schwierige Frage, wer innerhalb der Volkspartei vor ihrer Gründung Mitglied der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) war, hat sich die Volkspartei mit einer Studie Klarheit verschafft. Das Karl von Vogelsang-Institut hat im Forschungsprojekt „Zur Repräsentanz von Politikern und Mandatären mit NS-Vergangenheit in der Österreichischen Volkspartei 1945–1980“ untersucht, in welchem Ausmaß Personen mit einer früheren Mitgliedschaft in der NSDAP als Mandatäre und Politiker in der ÖVP von 1945 bis 1980 tätig waren.



>> kvvi  
vogelsang institut



**Karl von Vogelsang Institut zur Erforschung der Geschichte der christlichen Demokratie in Österreich**

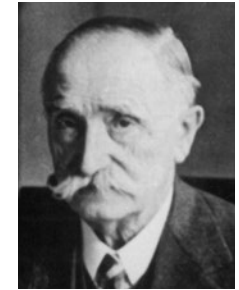
Alle Bürgerinnen und Bürger, die sich für die Geschichte der Christdemokratie in Österreich interessieren, finden beim Karl von Vogelsang Institut einen erstklassigen Ansprechpartner. Das Karl von Vogelsang Institut verwahrt zahlreiche zentrale Archivbestände zur Geschichte der Christdemokratie in Österreich, darunter das Archiv der Österreichischen Volkspartei, Teile des Archivs der Christlichsozialen Partei und bedeutende Politikernachlässe. Das Karl von Vogelsang Institut ist bewusstseinsprägend für die Geschichte der Christdemokratie in Österreich.

  
 Alle Infos auf  
[www.vogelsanginstitut.at](http://www.vogelsanginstitut.at)



## 2.2 Obmänner im Überblick

### Leopold Kunschak Bundesparteiohmann 1945



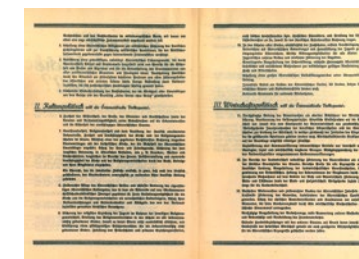
\* 11. November 1871 in Wien  
† 13. März 1953 in Wien

Der Gründer der christlichen Arbeiterbewegung Leopold Kunschak war bereits zur Jahrhundertwende aktiv und stellte nach dem Zweiten Weltkrieg eine Brücke zwischen Erster und Zweiter Republik dar. Als überzeugter Demokrat war er ein Gegner der Heimwehrbewegung und stand der autoritären Politik von Bundeskanzler Engelbert Dollfuß distanziert gegenüber. In den Jahren 1938 und 1944 wurde er von den Nationalsozialisten jeweils für kurze Zeit verhaftet.

Das politische Wirken des engagierten Sozialreformers hatte auch eine dunkle Seite. Kunschak äußerte sich in seiner politischen Laufbahn immer wieder antisemitisch. Er unterzeichnete mit Karl Renner im April 1945 die Unabhängigkeitserklärung, mit der Österreich als demokratischer Staat wiedererstand. Kunschak war Mitbegründer der Österreichischen Volkspartei und wurde am 17. April 1945 erster Parteiohmann der Volkspartei. Gleichzeitig wurde Hans Pernter zum geschäftsführenden Parteiohmann bestellt. Kunschak wurde noch 1945 Vizebürgermeister von Wien. Von 1945 bis 1953 war Kunschak Erster Präsident des Nationalrates.



Die „15 programmatischen Leitsätze“ stellten 1945 das erste Parteiprogramm der Österreichischen Volkspartei dar





**Leopold Figl**  
**Bundesparteiobmann von 1945–1952**

\* 2. Oktober 1902 in Rust im Tullnerfeld [NÖ]  
 † 9. Mai 1965 in Wien



Aus einer Bauernfamilie stammend, studierte Figl an der Universität für Bodenkultur in Wien. Bereits am 12. März 1938 wurde Figl von den Nationalsozialisten verhaftet und kam mit dem sogenannten „Prominententransport“ in die Konzentrationslager Dachau und Flossenbürg. Im Mai 1943 wurde er entlassen. Im Juli 1944 wurde Figl neuerlich inhaftiert und kam erst am 6. April 1945 aus der Todeszelle des Wiener Landesgerichts frei. Unmittelbar danach setzte sich Figl mit Gesinnungsgenossen in Verbindung, gründete den Bauernbund und war Mitbegründer der Österreichischen Volkspartei. Nach der Nationalratswahl im November 1945, die der Volkspartei die absolute Mehrheit brachte, wurde Figl österreichischer Bundeskanzler.

1953 löste ihn Julius Raab als Bundeskanzler ab und Figl wurde im Herbst 1953 Außenminister. In dieser Funktion unterzeichnete er am 15. Mai 1955 den Staatsvertrag. Figl richtete als erster Bundeskanzler der Zweiten Republik bei seiner Weihnachtsansprache im Dezember 1945 folgenden Appell an die Bevölkerung: „Ich kann Euch zu Weihnachten nichts geben, ich kann Euch für den Christbaum, wenn Ihr überhaupt einen habt, keine Kerzen geben, kein Stück Brot, keine Kohle zum Heizen, kein Glas zum Einschneiden. Wir haben nichts. Ich kann Euch nur bitten, glaubt an dieses Österreich.“



Die zerstörte Wiener Staatsoper mit einem Volkspartei-Plakat im Nationalratswahlkampf 1949

**Julius Raab**  
**Bundesparteiobmann von 1952–1960**

\* 29. November 1891 in St. Pölten [NÖ]  
 † 8. Jänner 1964 in Wien



Der Sohn eines Baumeisters studierte Hochbau an der Technischen Hochschule in Wien. Nach dem Ersten Weltkrieg engagierte sich Raab politisch und zog 1927 für die Christlichsozialen in den Nationalrat ein. Im Februar 1938 ernannte ihn Bundeskanzler Schuschnigg für wenige Wochen zum Handelsminister. Von den Nationalsozialisten wurde er nach dem „Anschluss“ mit Berufsverbot in Niederösterreich belegt. Unmittelbar nach Kriegsende 1945 engagierte sich Raab neuerlich politisch und war Gründer des Österreichischen Wirtschaftsbundes. Als Präsident der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft trug er ab 1947 gemeinsam mit dem ÖGB-Präsidenten Johann Böhm wesentlich zur Etablierung der Sozialpartnerschaft bei.

1953 löste er Figl als Bundeskanzler ab und stellte wirtschaftspolitisch mit Finanzminister Reinhard Kamitz entscheidende Weichen für den Wiederaufbau und Wohlstand Österreichs. Im Mai 1955 schließlich wurde der Staatsvertrag in Wien unterzeichnet. Julius Raab blieb bis 1961 Bundeskanzler.

In Raabs Kanzlerschaft fällt ein bemerkenswerter wirtschaftlicher Aufschwung Österreichs. Mit Einführung der Sozialen Marktwirtschaft gelang es, die Währung zu stabilisieren und weitgehende Vollbeschäftigung zu erreichen. Besonders in Erinnerung ist Raab als Chef der Bundesregierung, die 1955 den Staatsvertrag und damit den Abzug der Besatzungstruppen erreichte.



Julius Raab kämpfte für ein besseres Leben für alle Österreicherinnen und Österreicher

**Alfons Gorbach**  
**Bundesparteiobmann von 1960–1963**

\* 2. September 1898 in Imst (Tirol)  
 † 31. Juli 1972 in Graz



Der Jurist Alfons Gorbach, im Ersten Weltkrieg schwer verwundet, wurde als entschiedener Gegner des Nationalsozialismus sofort nach dem „Anschluss“ 1938 von den Nationalsozialisten verhaftet und verbrachte mehr als fünf Jahre in Konzentrationslagern, von wo er als überzeugter Befürworter der Zusammenarbeit aller politischen Lager zurückkehrte.

Bereits 1945 war er Obmann der Österreichischen Volkspartei in der Steiermark, zog nach der ersten Nationalratswahl ins Parlament ein und blieb bis 1961 dessen Dritter Präsident. Im Jahre 1960 wurde er zum Bundesparteiobmann der Volkspartei gewählt, von 1961 bis 1964 war der überzeugte Großkoalitionär Alfons Gorbach Bundeskanzler.

1965 war Gorbach der Volkspartei-Kandidat bei der Bundespräsidentenwahl und unterlag nur äußerst knapp gegen Franz Jonas.

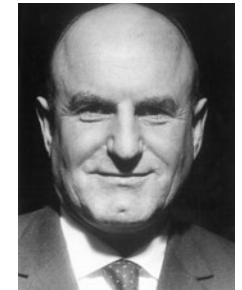
In seiner Obmannschaft zeichnete sich auch ein deutlicher Wechsel ab, von den Politikern der Aufbauzeit zu einer neuen, reformfreudigeren Generation.



Volkspartei-Plakat, Nationalratswahl 1962

**Josef Klaus**  
**Bundesparteiobmann von 1963–1970**

\* 15. August 1910 in Mauthen (Kärnten)  
 † 25. Juli 2001 in Wien



Der Jurist und gebürtige Kärntner Josef Klaus war vor der NS-Zeit als Experte in der Arbeiterkammer tätig. Nach Kriegsdienst und Kriegsgefangenschaft ließ er sich in Salzburg nieder und eröffnete eine Rechtsanwaltskanzlei in Hallein.

Josef Klaus trat der Volkspartei bei und wurde 1949 zum Salzburger Landeshauptmann gewählt. Von 1961 bis 1963 war er Finanzminister in der Regierung von Alfons Gorbach und erwies sich dabei als eiserner Sparmeister. Bei der Nationalratswahl 1966 erzielte Klaus für die Volkspartei die absolute Mehrheit und wurde zum Kanzler einer Volkspartei-Aleinregierung.

„Konservativ im Pflichtbewusstsein, modern in der Sache“, das war der Politikstil von Josef Klaus. Nicht zu Unrecht ging die Ära Klaus als Zeit der Reformen in die Geschichtsbücher ein. Manche dieser Reformschritte wie die Einführung einer Autosteuer und einer Weinsteuern kosteten die Volkspartei Stimmungen und Stimmen und ermöglichten 1970 der SPÖ unter Bruno Kreisky, stimmenstärkste Partei zu werden.

In die Zeit von Josef Klaus fallen etwa eine Steigerung des Sozialbudgets um 66 Prozent, steuerliche Freibeträge für alle; die Verdoppelung der Forschungsausgaben und die Gründung der Universitäten Linz, Salzburg und Klagenfurt; die Neuorganisation der verstaatlichten Industrie und ein Nachtarbeitsverbot für Frauen. Gesellschaftspolitisch verdankt Österreich Klaus die endgültige Abschaffung der Todesstrafe.



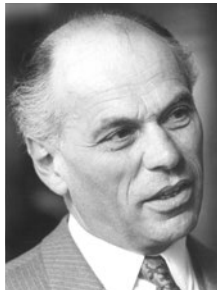
Volkspartei-Plakat, 1968



Klagenfurter Manifest, Aktionsprogramm 1965

## Hermann Withalm Bundesparteiobmann von 1970–1971

\* 21. April 1912 in Gaweinstal [NÖ]  
† 19. August 2003 in Wolkersdorf [NÖ]



Der Jurist Hermann Withalm begann seine Karriere als Notar bereits vor dem „Anschluss“ im Jahre 1938. Von den Nationalsozialisten entlassen, konnte er erst nach dem Krieg wieder als Notar arbeiten, wobei er sich schon sehr bald politisch für die Volkspartei engagierte. Den Spitznamen „Eiserner Hermann“ verdankte Withalm seiner Unbeirrbarkeit in Grundsatzfragen. Von 1953 bis 1975 war Withalm Abgeordneter zum Nationalrat und von 1956 bis 1959 Staatssekretär im Finanzministerium.

Hermann Withalm ging als legendärer Generalsekretär, Klubobmann und Vizekanzler seiner Partei in die Geschichte ein. Nachdem die Volkspartei bei den Nationalratswahlen 1970 die Mehrheit verlor und die SPÖ unter Duldung der FPÖ eine Minderheitsregierung bildete, ging die Volkspartei in die Opposition. Der frühere Vizekanzler Hermann Withalm übernahm in dieser schwierigen Situation den Parteivorsitz und hatte somit als erster Volkspartei-Politiker im Laufe seines Lebens alle Schlüsselressorts der Partei innegehabt. Schließlich war es aber nur Withalms Aufgabe als Bundesparteiobmann gewesen, einen geordneten Übergang sicherzustellen. Withalm war danach bis 1988 Obmann des Österreichischen Seniorenbundes.

Withalm war einer der härtesten politischen Gegner der SPÖ und ein brillanter Redner. Seine geschliffenen Wortgefechte, etwa mit Bruno Pittermann, zählten zu den rhetorischen Glanzlichtern in der Geschichte des Hohen Hauses.



Volkspartei-Plakat,  
Nationalratswahl 1970

## Karl Schleinzer Bundesparteiobmann von 1971–1975

\* 8. Jänner 1924 in St. Gertraud [Kärnten]  
† 19. Juli 1975 in Bruck an der Mur [Autounfall]



Nach Absolvierung einer einjährigen Landwirtschaftsschule arbeitete Schleinzer am elterlichen Hof in Kärnten. Danach studierte er an der Hochschule für Bodenkultur in Wien. Von Bundeskanzler Alfons Gorbach in die Bundesregierung berufen, war er von 1961 bis 1964 Verteidigungsminister und schließlich von 1964 bis 1970 Landwirtschaftsminister.

Im Jahre 1971 löste Schleinzer Hermann Withalm als Bundesparteiobmann ab und wurde Oppositionsführer gegenüber einer absolut regierenden SPÖ. Als 1972 zum Jahr der Parteiarbeit erklärt wurde, nutzte die Volkspartei diese Chance zu einer programmatischen Neuorientierung, welche im „Salzburger Programm“ festgeschrieben wurde. Darin bekannte sich die Partei zu einer „partnerschaftlichen Gesellschaft“ und zur „progressiven Mitte“.

Sein Tod bei einem Autounfall, drei Monate vor den Wahlen 1975, war für die Volkspartei ein schwerer Schlag.



Die vier Pläne zur Lebensqualität werden unter Bundesparteiobmann Schleinzer zum programmatischen Motto der Volkspartei

**Josef Taus**  
**Bundesparteiobmann von 1975–1979**

\* 8. Februar 1933 in Wien



Bereits während seines Studiums der Rechtswissenschaften in Wien arbeitete Josef Taus als Wirtschaftsredakteur. Daneben engagierte sich Taus im Kummer-Institut der Volkspartei und wurde 1966 als Nationalratsabgeordneter aufgestellt. Noch im selben Jahr wurde er von Bundeskanzler Josef Klaus zum Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr und Verstaatlichte Unternehmungen bestellt. Von 1967 bis 1975 war Taus Vorsitzender im Aufsichtsrat der Österreichische Industrieholding AG (ÖIAG).

Nach dem Unfalltod von Karl Schleinzer übernahm Josef Taus den Volkspartei-Parteivorsitz. Diese Personalentscheidung sollte die wirtschaftspolitische Kompetenz der Österreichischen Volkspartei betonen.

Taus führte die Volkspartei in ihrer Rolle als Oppositionspartei. In die Zeit von Josef Taus fällt auch die Volksabstimmung zum Kernkraftwerk Zwentendorf. Die Volkspartei warb für ein „Nein“ zur Inbetriebnahme des Kernkraftwerks – schließlich sprachen sich 50,2 Prozent gegen eine Inbetriebnahme aus.



Volkspartei-Plakate,  
 Nationalratswahl 1979



**Alois Mock**  
**Bundesparteiobmann von 1979–1989**

\* 10. Juni 1934 in Euratsfeld (NÖ)  
 † 1. Juni 2017 in Wien



Nach dem Abschluss seines Studiums der Rechtswissenschaften trat Alois Mock in das Bundesministerium für Unterricht ein. Ab 1961 war er im Bundeskanzleramt als Referent für EWG- und EFTA-Fragen tätig. Im Jahre 1966 wurde er Kabinettschef bei Bundeskanzler Josef Klaus, 1969/70 Unterrichtsminister, 1970 Abgeordneter zum Nationalrat, 1971 Bundesobmann des ÖAAB und 1978 geschäftsführender Klubobmann der Volkspartei. Nach dem Rücktritt von Josef Taus 1979 wurde er Parteiobmann. Die Ära Mock brachte die Wende für die Partei: Bei den Wahlen von 1983 verlor die SPÖ ihre absolute Mandatsmehrheit. 1986 führte er die Volkspartei wieder in die Bundesregierung. Mock erkannte als einer der ersten westlichen Politiker die weltpolitischen Veränderungen innerhalb der osteuropäischen Staaten und deren Folgen für Europa. Im Sommer 1989 durchschnitt er gemeinsam mit dem ungarischen Außenminister Gyula Horn den Eisernen Vorhang.

Als Politiker setzte er Meilensteine:

- In seiner Vorreiterrolle bei der Konfliktbewältigung im zerfallenen Jugoslawien und der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens.
- Als „Vater des österreichischen EU-Beitritts“ im Jahr 1995, wo er in vielen Punkten eine maßgebliche Rolle spielte.

Mocks Eintreten für Demokratie und Menschenrechte sowie sein Engagement für die EU-Erweiterung brachten ihm einen legendären Ruf als Staatsmann und Außenminister ein.



Karikatur zum TV-Duell zwischen Alois Mock und Franz Vranitzky vor der Nationalratswahl 1986, Ironimus 1986

Außenminister Alois Mock neben Bundeskanzler Franz Vranitzky und Botschafter Manfred Scheich auf Korfu im Jahr 1994





**Josef Riegler**  
**Bundesparteiobmann von 1989–1991**

\* 1. November 1938 in Judenburg [Stmk.]



Nach einem Studium an der Hochschule für Bodenkultur in Wien wurde Josef Riegler Direktor des Steirischen und schließlich des Österreichischen Bauernbundes. Ab 1976 war Riegler Agrarsprecher der Volkspartei im Nationalrat und von 1983 bis 1987 Landesrat in der Steiermark für Landwirtschaft, Umwelt und Wohnbau. 1987 wurde er Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft.

Im April 1989 löste Josef Riegler Alois Mock als Bundesparteiobmann ab und wurde Vizekanzler in einer Großen Koalition. Ein Markenzeichen seiner Politik war bereits damals, Umweltschutzmaßnahmen mit Innovationen in der Industrie zu verknüpfen. Mehr als das: Mit seinem Engagement für die „Lebenschancen im ländlichen Raum“ sowie zahlreichen Regionalprojekten entwickelte Josef Riegler ein politisches Konzept, das später als Ökosoziale Marktwirtschaft zu einem politischen Postulat wurde. Riegler gilt als Vater der Ökosozialen Marktwirtschaft, einem ordnungspolitischen Modell, das für die Volkspartei heute noch zentrale Bedeutung hat.



Die Ökosoziale Marktwirtschaft verbindet Wirtschaft, Umwelt und Soziales

**Erhard Busek**  
**Bundesparteiobmann von 1991–1995**

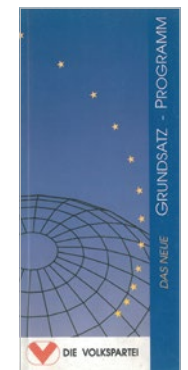
\* 25. März 1941 in Wien  
 † 13. März 2022 in Kaumberg [NÖ]



Nach seinem Jurastudium arbeitete Erhard Busek ab 1964 im Volkspartei-Parlamentsklub. Im Jahre 1969 wurde Busek von Rudolf Sallinger zum Generalsekretär des Wirtschaftsbundes bestellt. Von 1975 bis 1976 wirkte Busek als Generalsekretär der Volkspartei in der Parteizentrale. Er war einer der ersten Politiker der Volkspartei, der Umweltschutz in den 1970er-Jahren zu einer politischen Kategorie erhob. 1976 wurde Busek zum Obmann der Wiener Volkspartei gewählt. Als Wiener Vizebürgermeister 1978 bis 1987 belebte Busek als „bunter Vogel“ die Wiener Kommunalpolitik.

Nach der Nationalratswahl 1990 übernahm Erhard Busek im Sommer 1991 die Führung an der Parteispitze. Der von Alois Mock und Franz Vranitzky erfolgreich eingeleitete Europakurs gipfelte 1994 bei der Volksabstimmung zum EU-Beitritt in einer großen Mehrheit (2/3 der Wählerinnen und Wähler) für den Beitritt Österreichs, der schließlich im Jahr 1995 vollzogen wurde. Zu den Erfolgen seiner Amtszeit gehörte neben dem EU-Beitritt auch die Wahl von Thomas Klestil zum Bundespräsidenten.

Als Wiener Vizebürgermeister prägte er das intellektuelle Klima Wiens. Als Außenminister verlieh Busek Österreich in Mitteleuropa und im Donauraum eine eigene und unverwechselbare Rolle.



Nach Jahren der Vorbereitung und Diskussion wurde am 30. Bundesparteitag im April 1995 ein neues Grundsatzprogramm beschlossen

**Wolfgang Schüssel**  
 Bundesparteiobmann von 1995–2007

\* 7. Juni 1945 in Wien



Wolfgang Schüssel studierte Rechtswissenschaft und begann seine politische Karriere 1968 bis 1975 als Sekretär des Parlamentsklubs der Volkspartei. Von 1975 bis 1991 war er Generalsekretär des Wirtschaftsbundes. Im Jahre 1989 übernahm Wolfgang Schüssel das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten.

Schüssel wurde nach der Nationalratswahl 1999 Bundeskanzler und damit der erste Volkspartei-Regierungschef seit Josef Klaus 1966. Bei den Wahlen 2002 bescherte er der Volkspartei als Bundeskanzler einen Rekord-Zuwachs von 15,4 Prozent und ein Ergebnis von 42,3 Prozent. In einer schwarz-blauen (später schwarz-orangen) Koalition brachte Kanzler Schüssel viele Reformen auf den Weg. Hier sollen nur einige exemplarisch genannt werden:

- Wirtschaftsprogramm
- Abfertigung Neu
- Kindergeld
- NS-Zwangsarbeiter-Entschädigung
- Pensionsreform

Durch seine Privatisierungs- und Steuerpolitik konnte Österreich nicht nur sein Haushaltsdefizit verringern, sondern auch die Grundlage für die positive Entwicklung der österreichischen Wirtschaft in den folgenden Jahren legen.

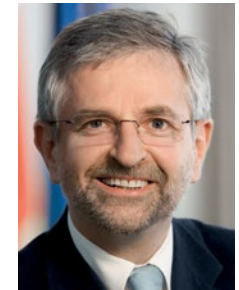
Legendäres Volkspartei-Plakat, Nationalratswahl 2002



Plakat Sommerkampagne, 2006

**Wilhelm Molterer**  
 Bundesparteiobmann von 2007–2008

\* 14. Mai 1955 in Steyr (OÖ)



Wilhelm Molterer studierte an der Johannes-Kepler-Universität Linz Sozialwissenschaft. Danach arbeitete er von 1981 bis 1984 im Österreichischen Bauernbund, dessen Direktor er in den Jahren 1989 bis 1993 war. Ab 1990 war Molterer Abgeordneter zum österreichischen Nationalrat. Nach einer Tätigkeit als Volkspartei-Generalsekretär 1993/94 wurde Molterer von 1994 bis 2003 Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft.

Als die Volkspartei unter Wolfgang Schüssel stärkste Parlamentspartei wurde, wechselte Molterer 2003 bis 2006 als Volkspartei-Klubobmann in den Nationalrat. Nach den Nationalratswahlen 2006 trat Wolfgang Schüssel 2007, unmittelbar nach den Koalitionsverhandlungen, zurück. Sein Nachfolger und Vizekanzler wurde Wilhelm Molterer, der in dieser Zeit entscheidende Themen und Anliegen der Volkspartei innerhalb der Regierung durchsetzen konnte. Molterer initiierte die „Perspektivengruppen“, die sich mit Zukunftsfragen der Partei beschäftigten.



Volkspartei-Plakat, 2007



Volkspartei-Plakat, Nationalratswahl 2008

**Josef Pröll**  
**Bundesparteiobmann von 2008–2011**

\* 14. September 1968 in Stockerau [NÖ]



Im Jahre 1993 schloss Josef Pröll das Studium der Agrarökonomie an der Universität für Bodenkultur Wien ab. Pröll war später Direktor des Österreichischen Bauernbunds. Von 2003 bis 2008 war er Landwirtschafts- und Umweltminister. Josef Pröll war Leiter der „Volkspartei-Perspektivengruppe“, die 2007 Vorschläge für eine Neuausrichtung der Partei ausarbeitete.

Nach Verlusten bei den vorgezogenen Neuwahlen 2008 trat Wilhelm Molterer zurück und schlug Josef Pröll als seinen Nachfolger vor, der im November 2008 kurz nach seinem 40. Geburtstag zum Obmann gewählt wurde. Unter Pröll kam es neuerlich zur großen Koalition mit der SPÖ. Bei den Wahlen zum EU-Parlament 2009 wurde die Volkspartei stärkste Kraft. Im April 2011 trat Pröll aus gesundheitlichen Gründen als Bundesparteiobmann zurück.

Pröll gelang die Budgetkonsolidierung in den schwierigen Zeiten nach der Wirtschaftskrise und eine Steuerreform 2009. Er weigerte sich bei Verhandlungen mit der SPÖ, Lohnnebenkosten zu erhöhen und Erbschafts-, Schenkungs- und Vermögenssteuer wieder einzuführen.



Schaukastenplakat,  
 2008

**Michael Spindelegger**  
**Bundesparteiobmann von 2011–2014**

\* 21. Dezember 1959 in Mödling [NÖ]



Der Jurist Michael Spindelegger leitete ab 1987 als Kabinettschef das Büro von Robert Lichal im Bundesministerium für Landesverteidigung.

Ab 2006 war Spindelegger zweiter Nationalratspräsident, von 2009 bis 2011 Bundesobmann des ÖAAB, im Jahre 2008 wurde er Außenminister. Nachdem Josef Pröll im April 2011 als Volkspartei-Obmann und Vizekanzler zurückgetreten war, wurde Spindelegger im April 2011 dessen Nachfolger in beiden Positionen. Inhaltlich setzte Spindelegger sehr stark auf das Thema „Wirtschaft und Arbeitsplätze“ und ließ konsequenterweise von einer von ihm initiierten Wirtschaftsplattform „Unternehmen Österreich 2025“ wirtschaftspolitische Vorschläge erarbeiten. Zu seinen größten Erfolgen zählten die erfolgreiche Bundesheer-Volksbefragung 2013, die er mit einer Mehrheit von 59,7 Prozent bei einer Beteiligung von 52,4 Prozent gewann, sowie die EU-Wahl 2014, bei der die Volkspartei neuerlich stärkste Kraft wurde.



Am 20. Januar 2013 entschieden sich 59,7 Prozent aller abgegebenen Stimmen für die Beibehaltung der Wehrpflicht



**Reinhold Mitterlehner**  
 Bundesparteiobmann von 2014–2017

\* 10. Dezember 1955 in Helfenberg (OÖ)



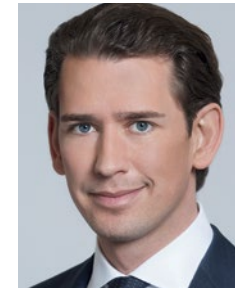
Reinhold Mitterlehner absolvierte das Studium der Rechtswissenschaften in Linz. Von 1980 bis 1992 arbeitete Mitterlehner bei der Wirtschaftskammer Oberösterreich. Von 1992 bis 2000 war er Generalsekretär des Österreichischen Wirtschaftsbundes, danach bis 2008 Generalsekretär-Stellvertreter der Wirtschaftskammer Österreich. Zudem war Mitterlehner von 2000 bis 2008 Mitglied des Nationalrates. Von Dezember 2008 bis Jänner 2009 war er Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, von 2009 bis 2014 Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend. Ab März 2014 war Mitterlehner Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft und von September 2014 bis 2017 auch Vizekanzler der Republik Österreich. Beim Reformparteitag im Mai 2015 beschloss die Volkspartei im Rahmen der Bewegung „Evolution Volkspartei“ ein neues Grundsatzprogramm und neue Organisationsstatuten. Im Arbeitsprogramm der Bundesregierung „Für Österreich“ [2017] konnte Mitterlehner wichtige Forderungen der Volkspartei verankern, von Investitionsprämien für die Wirtschaft über den Beschäftigungsbonus bis zu einem umfangreichen Sicherheitspaket samt Integrationsgesetz.



Die Ergebnisse der „Evolution Volkspartei“ führten zu einem neuen Grundsatzprogramm und einem neuen Bundes-Organisationsstatut

**Sebastian Kurz**  
 Bundesparteiobmann von 2017–2021

\* 27. August 1986 in Wien



Sebastian Kurz war zwischen 2009 und 2017 Bundesobmann der Jungen Volkspartei. Kurz war zwischen 2011 und 2013 Staatssekretär im Bundesministerium für Inneres. Im Dezember 2013 wurde Kurz mit nur 27 Jahren jüngster Außenminister in der österreichischen Geschichte. Am 1. Juli 2017 wurde Kurz beim Bundesparteitag in Linz mit 98,7 Prozent der Delegiertenstimmen zum neuen Vorsitzenden der neuen Volkspartei gewählt.

Bei der Nationalratswahl 2017 erreichte die Liste Sebastian Kurz – die Volkspartei 31,5 Prozent der Stimmen und wurde erstmals seit 2002 wieder stimmenstärkste Partei. Nach Sondierungsgesprächen einigten sich Sebastian Kurz und Heinz-Christian Strache von der FPÖ auf eine Koalition. In der Regierung Kurz I wurden große Reformvorhaben wie der „Familienbonus Plus“ und die „Flexibilisierung der Arbeitszeit“ verwirklicht. Die erfolgreiche Regierungsarbeit wurde durch die Ibiza-Affäre im Mai 2019 beendet. Bei der deswegen notwendig gewordenen Neuwahl am 29. September konnte die Volkspartei ihr Ergebnis auf 37,5 Prozent verbessern. Am 7. Januar 2020 wurde die türkis-grüne Bundesregierung Kurz II angelobt. Die ersten zwei Jahre der Regierung Kurz II standen ganz im Zeichen der Bekämpfung der Covid-19-Pandemie und einer ökosozialen Steuerreform, die 18 Milliarden Euro Entlastung brachte.

Kurz trat am 9. Oktober 2021 als Bundeskanzler zurück und beendete am 2. Dezember seine politische Laufbahn.



Mit der ökosozialen Steuerreform wurde eine ordnungspolitische Wende eingeleitet, die Österreich in eine klimafreundliche Zukunft führt und gleichzeitig Beschäftigte und Wirtschaft entlastet

## Karl Nehammer Bundesparteiobmann seit 2022

\* 18. Oktober 1972 in Wien



Karl Nehammer maturierte 1992 und begann seine Berufslaufbahn als Einjährig-Freiwilliger beim Österreichischen Bundesheer mit nachfolgender Weiterverpflichtung bis 1996. 1997 musterte er als Leutnant aus. Der zweifache Vater arbeitete als Trainer für strategische Kommunikation für verschiedene Einrichtungen wie das Berufsförderungsinstitut (BFI) und die Politische Akademie der Volkspartei.

Seine politische Laufbahn begann im Oktober 2015 mit der Berufung zum Generalsekretär-Stellvertreter und Bundesorganisationsreferenten des Österreichischen Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbundes (ÖAAB). Von 2016 bis Jänner 2018 diente er als Generalsekretär des ÖAAB. Von April 2017 bis Juni 2022 war er Bezirksparteiobmann der Volkspartei in Wien-Hietzing. Im Januar 2018 wurde Nehammer Generalsekretär der Volkspartei. Zwischen 7. Jänner 2020 und 6. Dezember 2021 war Nehammer Bundesminister für Inneres.

Nach dem Rücktritt von Sebastian Kurz wurde Karl Nehammer am 3. Dezember 2021 geschäftsführender Bundesparteiobmann der Volkspartei. Seit 6. Dezember 2021 ist Nehammer Bundeskanzler der Republik Österreich. Am 14. Mai 2022 wurde Nehammer bei einem außerordentlichen Bundesparteitag in Graz mit 100 Prozent zum Volkspartei-Bundesparteiobmann gewählt.



Kanzler Nehammer präsentiert in Wels den Österreichplan mit den Werten Leistung, Familie und Sicherheit

## 2.3 Struktur und Organisation

Ziel der Österreichischen Volkspartei war und ist die politische Repräsentanz und Vertretung ALLER österreichischen Bürgerinnen und Bürger. Aus diesem Grund betont die „Volkspartei“ in ihrem Namen nicht etwa eine ideologische Ausrichtung (wie die Sozialdemokratische Partei Österreichs) oder einen politischen Grundwert (wie die Freiheitliche Partei Österreichs), sondern stellt den Menschen und die Gemeinschaft in den Vordergrund. Für die Organisation und Struktur einer Partei ist die ausgewogene Berücksichtigung der Interessen aller Bürgerinnen und Bürger eine große Herausforderung. Immer dann, wenn man für die Interessen einer bestimmten Gruppe, sei es territorial [Bundesländer, Gemeinden, Ortsgruppen] oder funktional [Wirtschaftstreibende, Arbeitnehmer, Senioren], eintritt, kann sich eine andere übervorteilt fühlen. Um diesen Spagat zwischen der Vertretung aller Bürgerinnen und Bürger und dem Interessenausgleich unterschiedlicher Gruppierungen zu schaffen, hat die Volkspartei eine Organisationsstruktur, wie sie in Österreich und anderen Demokratien einzigartig ist: die funktionale Organisation nach Teilorganisationen. Die Volkspartei ist eine mittelbare Partei. Das bedeutet, dass die Mitgliedschaft bei der Volkspartei hauptsächlich durch die Mitgliedschaft bei einem der Bünde erworben wird. Derzeit hat die Volkspartei insgesamt rund 600.000 Mitglieder. Zum Vergleich: Die SPÖ hat rund 147.000, die FPÖ ca. 60.000 und die Grünen 7.000 Mitglieder [jeweils nach eigenen Angaben, Stand 2023]. Die Zahl der Mitglieder der Volkspartei ist zu den aufsummierten Zahlen der Bünde unterschiedlich, weil viele Personen bei zwei oder mehr Teilorganisationen Mitglied sind.

### Territoriale Organisationsstruktur

Entsprechend der inhaltlichen Gliederung durch die Bünde spiegelt sich in der Volkspartei auch die föderale Struktur Österreichs wider. In der Bundespolitik vertritt die Bundes-Volkspartei die Interessen ihrer Mitglieder. Auf der Ebene der Bundesländer vertreten die neun Landesparteiorganisationen die Ideen der Volkspartei. Bezirks-, Gemeinde- und Ortsparteiorganisationen kümmern sich um die Anliegen jeder Bürgerin und jedes Bürgers vor Ort.

## Die Teilorganisationen der Volkspartei

Die drei ältesten Teilorganisationen sind der Bauernbund, der Wirtschaftsbund und der Arbeiternehmerinnen- und Arbeitnehmerbund. Diese drei Bünde wurden 1945 gegründet. Die drei weiteren Teilorganisationen der Volkspartei sind die ÖVP Frauen, die Junge Volkspartei (JVP) und der Österreichische Seniorenbund (ÖSB). Alle sechs sind gleichberechtigte Teilorganisationen. Diese bilden die politische DNA der Volkspartei, da es ihr Anspruch ist, sämtliche Bürgerinnen und Bürger Österreichs politisch zu vertreten.

Bauernbund



*bauernbund.at*

Die Vorgängerorganisationen des Österreichischen Bauernbundes gehen schon auf den Beginn der Ersten Republik zurück. So entstand 1919 der Österreichische Reichsbauernbund aus verschiedenen Vorläuferorganisationen. In der gegenwärtigen Form besteht der Bauernbund seit der Neugründung der Volkspartei im Jahr 1945. Heute hat der Bauernbund etwa 300.000 Mitglieder. Wichtige Vertreter des Bauernbundes: Leopold Figl, Karl Schleinzer, Josef Riegler, Wilhelm Molterer und Josef Pröll.

Wirtschaftsbund



*wirtschaftsbund.at*

Der Österreichische Wirtschaftsbund wurde am 8. Mai 1945 gegründet. Erster Obmann war Julius Raab. Der Wirtschaftsbund versteht sich als Interessenvertretung der Unternehmer, vor allem der kleinen und mittleren Unternehmen. Der Österreichische Wirtschaftsbund stellt in allen Bundesländern die Mehrheit in der Wirtschaftskammer. Herausragende Proponenten des Österreichischen Wirtschaftsbundes: Julius Raab, Erhard Busek und Wolfgang Schüssel.

ÖAAB



*oeaab.com*

Der Österreichische Arbeiternehmerinnen- und Arbeitnehmerbund (früher: Arbeiter- und Angestelltenbund) hat, wie der Bauernbund, eine Geschichte, die bis in das 19. Jahrhundert zurückreicht. So gründete Leopold Kunschak den ersten christlich-sozialen Arbeiterverein bereits 1892. Der ÖAAB vertritt die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Derzeit hat der ÖAAB rund 200.000 Mitglieder. Bekannte Vertreter des ÖAAB: Karl Nehammer, Josef Taus, Alois Mock und Michael Spindelegger.

Seniorenbund



*seniorenbund.at*

Der Seniorenbund versteht sich als gemeinnützige Interessenvertretung der älteren Generation. Er ist mit über 300.000 Mitgliedern und etwa 2.000 Bezirks- und Ortsgruppen einer der größten Bünde der Volkspartei. Bekannte Vertreter des Österreichischen Seniorenbundes: Hermann Withalm und Andreas Khol.

Junge ÖVP



*junge.oevp.at*

Die Junge Volkspartei ist die politische Jugendorganisation der Volkspartei. Die Junge Volkspartei hat über 100.000 Mitglieder. Sie vertritt die Interessen junger Menschen bis zu einem Alter von 35 Jahren. Bekannte Vertreter der Jungen Volkspartei: Claudia Plakolm und Sebastian Kurz.

ÖVP Frauen



*frauen.oevp.at*

Die Volkspartei-Frauen definieren ihre Aufgabe in der Aktivierung politischen Interesses der Frauen in Österreich. Bekannte Vertreterinnen der Volkspartei Frauen: Marilies Flemming, Grete Rehor und Waltraud Klasnic.

### In der Vielfalt liegt die Stärke der Volkspartei

Sechs Teilorganisationen und neun Landesorganisationen bilden das Rückgrat für eine territorial flächendeckend sowie in allen gesellschaftlichen Schichten fest verankerte Partei.



## 2.4 Mitglied der Europäischen Volkspartei

Zu den Grundüberzeugungen der Volkspartei gehört ihre Europaorientierung. Europa ist auch im tagespolitischen Geschäft der Partei fest verankert.

Die 1976 gegründete Europäische Volkspartei [EVP] ist eine politische Partei auf europäischer Ebene, die sich aus christlich-demokratischen, liberalen und konservativ-bürgerlichen Mitgliederparteien der gesamten Europäischen Union zusammensetzt. Die EVP hat sich während der letzten 30 Jahre in ihrem Selbstverständnis von einer christlich-demokratischen europäischen Partei zu einer mitte-rechts stehenden Sammelpartei entwickelt. Die EVP folgt dem Leitbild einer „Union der Werte“ und ist dem europäischen Erbe verbunden, welches sich aus jüdischen, christlichen, aufklärerischen, aber auch modernen Elementen zusammensetzt.

Zu den Mitgliedern der EVP zählen u. a. die Volkspartei, die französischen Les Républicains (deutsch: Die Republikaner), die deutsche CDU und die CSU sowie der spanische Partido Popular. Die Mitgliedschaft ist gestaffelt in Vollmitglieder, assoziierte Mitglieder und Parteien mit Beobachterstatus. Vollmitglieder stammen aus EU-Mitgliedstaaten. Assoziierte Mitglieder stammen aus EFTA-Staaten oder EU-Beitrittskandidatenstaaten und beteiligen sich nicht an Abstimmungen zu EU-Fragen. Parteien mit Beobachterstatus stammen meist aus Mitgliedstaaten des Europarats und nehmen an den EVP-Treffen ohne Stimmrecht teil. Durch diese Heterogenität kann die EVP aufgrund ihrer gewachsenen ideologischen Breite auf eine Vielzahl unterschiedlicher intellektueller und politischer Traditionen zurückgreifen und deren Impulse für eine neue Politik nutzbar machen.



## → 3. Parteien in Österreich

### 3.1 Die Sozialdemokratische Partei Österreichs [SPÖ]

Gründung	1889
Vorsitzender	Andreas Babler
Mitglieder	147.000
Europapartei	Sozialdemokratische Partei Europas [SPE]

#### Geschichte

Der erste Parteitag der Sozialdemokraten fand 1874 in der burgenländischen Gemeinde Neudörfel, ehemals Ungarn, statt. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich allerdings noch nicht alle Strömungen der Arbeiterbewegung zur Partei bekannt. Erst 1888/89 konnte Viktor Adler auf dem Hainfelder Parteitag eine Einigung erreichen, wo er die Partei nach marxistischem Vorbild prägte. Eine wichtige Funktion kam der sozialdemokratischen Presse zu, vor allem der „Arbeiterzeitung“. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges trat die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, vor allem in der Person Otto Bauers, für den Anschluss an Deutschland ein. An der Regierung beteiligte sich die SDAP in der Zwischenkriegszeit bis Juni 1920, dann war sie bis März 1933 in der Opposition. Während dieser Oppositionszeit auf Bundesebene hatte die SDAP in Wien und in den meisten großen Städten und Industriegemeinden die Mehrheit und stellte dort die Gemeindeverwaltung. Nach den Februaraufständen 1934 kam es zur völligen Verdrängung aus den politischen Institutionen und dem öffentlichen Leben. Am 14. Februar 1934 wurde die SDAP verboten, alle ihre Mandate aberkannt und ihre Organisationen aufgelöst.

Am 14. April 1945 wurde die Partei als Sozialistische Partei Österreichs von ehemaligen Funktionären aus der Ersten Republik wiedergegründet und konnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs noch im selben Jahr eine gesamtösterreichische Organisation aufbauen. Aufgrund der Erfahrungen in der Ersten Republik, der Bemühungen um den Wiederaufbau



sowie der Unabhängigkeit Österreichs und der Ausbreitung des Kommunismus in Osteuropa, forcierte die SPÖ in einer Großen Koalition mit der Volkspartei, die Zusammenarbeit mit dem bürgerlichen Lager und unterstützte die 1957 institutionalisierte Sozialpartnerschaft. Nach kurzzeitiger Opposition [1966–70] gelang dem neuen Bundesparteivorsitzenden Bruno Kreisky (ab 1967) eine Öffnung gegenüber bürgerlichen Wählerschichten und die Übernahme der Regierungsverantwortung [Minderheitsregierung 1970–71 mit Unterstützung der Freiheitlichen Partei Österreichs, 1971–83 Alleinregierung mit absoluter Mehrheit]. Die Phase der SPÖ-Alleinregierung von 1971 bis 1983 war stark von ideologischer Politik geprägt [Verschuldungspolitik, Milliarden-Spritzen in die verstaatlichte Industrie, gesellschaftspolitische Interventionen usw.]. 1970–2000 stellte die SPÖ ohne Unterbrechung den Bundeskanzler [1983–87 Koalitionsregierung mit der FPÖ, 1987–2000 mit der Volkspartei] und bis 1986 auch alle Bundespräsidenten der Zweiten Republik. Zudem stellt die SPÖ seit 1945 die Landeshauptleute von Wien und seit 1964 des Burgenlands. Sie nimmt auch heute noch eine dominierende Stellung in vielen Industriegemeinden und mehreren großen Städten ein. Am 3. Juni 2023 wurde Andreas Babler bei einem außerordentlichen Parteitag mit 52,66 Prozent der Delegiertenstimmen zum Bundesparteivorsitzenden der SPÖ gewählt.

## Struktur

Die SPÖ ist eine zentralistisch organisierte Partei, deren Basis die Mitglieder sind. Die Mitgliederzahl sinkt tendenziell [1979: 721.000, 1990: 583.000, 1995: 487.500, 1999: 430.000, 2014: 205.000, 2023: 150.000]. In mehr als 3.000 Lokalorganisationen bzw. Sektionen betreuen circa 55.000 Funktionärinnen und Funktionäre die Mitglieder. Weitere Ebenen sind Bezirks-, Landes- und Bundesorganisationen. Obwohl der Mitgliederanteil in Wien längerfristig stärker abgenommen hat als in den anderen Bundesländern, ist Wien nach wie vor mit 30 Prozent aller Mitglieder die wichtigste Landesorganisation.

## Programme

- 1926** „Linzer Programm“: geprägt vom Bekenntnis zum Klassenkampf [„Befreiungskampf der Arbeiterklasse“, „Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung“]; Androhung der Diktatur des Proletariats als Verteidigungsmaßnahme; Enteignung von Großgrundbesitz, Baugelände, Bergbau und Industrie [auch ohne Entschädigung]; Anschluss an Deutschland; antiklerikal.
- 1978** „Das Neue Parteiprogramm“ (Maiprogramm): nach wie vor Bekenntnis zur „klassenlosen Gesellschaft“; Grundwerte sind Freiheit [defensiv; Freiheit von statt Freiheit zu], Gleichheit [Gleichmacherei], Gerechtigkeit [Umverteilung], Solidarität [als „Waffe im Kampf gegen Unterdrückung und Ungerechtigkeit“]; Sozialismus definiert als Aufgabe zur ständigen Gesellschaftsveränderung; permanente Reform mit dem Ziel der Überwindung des Kapitalismus; Betonung des verstaatlichten Sektors.
- 1998** Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei 1998 („Wir SozialdemokratInnen“): deutliche Abkehr vom noch leicht marxistisch determinierten Programm 1978; Annäherung an die Volkspartei-Programmatik [der Verantwortungsgedanke taucht immer wieder auf]; Ziel ist eine Gesellschaft, in der sich die menschliche Person frei entfalten kann.
- 2018** Grundsatzprogramm 2018: Die Sozialdemokratie will eine Gesellschaftsordnung, deren Ziel die freie Entfaltung jeder und jedes Einzelnen innerhalb der Gemeinschaft ist. Ihre Vision der „sozialen Demokratie ist, die Klassengegensätze zu überwinden, alle Lebensbereiche mit Demokratie zu durchfluten und den Ertrag der gesellschaftlichen Arbeit gerecht zu verteilen“. Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Grundwerte der SPÖ. Die Sozialdemokraten fordern eine soziale Demokratie statt einer Postdemokratie. Die SPÖ sieht sich als Partei „aller Menschen, deren Arbeitseinsatz die Grundlage für den eigenen Lebensunterhalt ist.“



## 3.2 Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)

Gründung	1955
Vorsitzender	Herbert Kickl
Mitglieder	60.000
Europapartei	Patriots.eu

### Geschichte

1949 gründeten zwei Nicht-NSDAP-Mitglieder (Herbert Kraus und Viktor Reimann) in Salzburg den „Verband der Unabhängigen“ (VdU). Der VdU zielte auf ehemalige Großdeutsche, Nationalsozialisten, Liberale und antiklerikale Bürgerliche ab – quasi ein Sammelbecken des „Dritten Lagers“. An die Stelle des schon bald auseinanderbrechenden Konglomerats trat 1956 die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), die sich antiklerikal und antisozialistisch sowie wirtschaftsliberal und deutschnational positionierte. Zunächst schwach organisiert und programmatisch deutschnational orientiert, gelang es Bundesparteiohmann Friedrich Peter ab Mitte der 1960er-Jahre, die Partei aus ihrer Isolation herauszuführen. 1970/71 unterstützte die FPÖ die SPÖ-Minderheitsregierung. Unter Norbert Steger war die FPÖ erstmals an der Regierung beteiligt (SPÖ-FPÖ-Koalition 1983–1987). Die parteiinterne Unzufriedenheit führte 1986 allerdings zu einem Wechsel an der Parteispitze mit der Wahl Jörg Haiders zum Bundesparteiohmann. Mit der Machtübernahme Jörg Haiders orientierte sich die Partei radikal um. An die Stelle der deutschnationalen, europafreundlichen, bürgerlich geprägten Partei trat nun eine populistische Protestpartei, die auf antieuropäische und zuwanderungskritische Positionen setzte und sich österreichisch-patriotisch sowie vielfach als „bessere“ sozialistische Gruppierung positionierte.

Die Partei war seit jeher von Spannungen zwischen liberalen und nationalen Traditionen geprägt. Dies änderte sich auch durch die Machtübernahme Jörg Haiders nicht. Das von Haider 1993 initiierte „Aus-

ländervolksbegehren“ („Österreich zuerst“) war letztlich auch Anlass für die Abspaltung eines Teils der FPÖ unter der bisherigen Obmannstellvertreterin Heide Schmidt und die Gründung des Liberalen Forums. 2005 kam es schließlich zur nächsten Abspaltung: Jörg Haider selbst kehrte der FPÖ den Rücken und gründete das BZÖ. Im Oktober 2008 verunglückte Haider bei einem Verkehrsunfall tödlich. Nach der Parteisplaltung der FPÖ führte deren Geschäfte interimistisch der Wiener Klubobmann Hilmar Kabas, bis im April 2005 Heinz-Christian Strache zum neuen Parteiohmann gewählt wurde. Unter seiner Führung erstarkte die FPÖ wieder und positionierte sich als Oppositionspartei. Straches Politik fand bei den Wählern Anklang: Bei den Nationalratswahlen 2006 erreichte die FPÖ 11 Prozent, bei der Nationalratswahl 2008 17,5 Prozent, bei der Nationalratswahl 2013 20,51 Prozent und 2017 bereits 25,97 Prozent, womit die FPÖ fast gleich viele Wählerstimmen wie die zweitplatzierten Sozialdemokraten gewann.

Kurz nach der Wahl 2017 nahm die Volkspartei Koalitionsverhandlungen mit der FPÖ auf. Am 18. Dezember 2017 wurde die Bundesregierung Kurz I von Bundespräsident Alexander Van der Bellen angelobt. Vizekanzler wurde Heinz-Christian Strache. Nach der Veröffentlichung des sogenannten „Ibiza-Videos“ am 17. Mai 2019, welches den damaligen Vizekanzler Heinz-Christian Strache und den damaligen FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus im Sommer 2017 beim Verhandeln über die fragwürdige Vergabe von Staatsaufträgen zeigte, traten Strache und Gudenus von ihren Regierungs- bzw. Parteiämtern zurück. Bei der deshalb notwendig gewordenen Neuwahl 2019 verlor die FPÖ mit Spitzenkandidat Norbert Hofer fast zehn Prozent Stimmenanteil. Heinz-Christian Strache wurde im Dezember 2019 aus der FPÖ ausgeschlossen.

Straches Nachfolger Norbert Hofer trat am 1. Juni 2021 überraschend als Bundesparteiohmann der Freiheitlichen zurück. Danach führte der Wiener Nationalratsabgeordnete Harald Stefan interimistisch die Amtsgeschäfte. Am 19. Juni 2021 wurde Herbert Kickl zum neuen Parteichef der Freiheitlichen gewählt.

Als wichtigste Forderungen ihres Wahlprogramms 2019 nannte die FPÖ den Ausbau der direkten Demokratie nach Schweizer Vorbild, eine Entbürokratisierung und eine Senkung der Lohnnebenkosten.

## Struktur

Verzeichnete die Partei 1959 einen Mitgliederstand von 22.000 Mitgliedern, konnte dieser bis 2023 auf knapp 60.000 Mitglieder anwachsen. Nach der unter Haider erfolgten Zentrierung auf den Bundesparteiobmann errang die FPÖ ab 1989 auch bei den Landtagswahlen Erfolge; in Kärnten wurde 1999 beispielsweise die FPÖ stärkste Partei und Haider Landeshauptmann. Zu den Vorfeldorganisationen der FPÖ zählen unter anderem: der Ring Freiheitlicher Studenten (RFS), der Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender (RFW), der Allgemeine österreichische Bauernverband und der Verband Freiheitlicher Akademiker.

## Programme

- 1949** Programm des VdU: Bejahung der Demokratie, Ablehnung der Diktatur; Bekenntnis zum deutschen Volkstum; Kritik an der Gesetzgebung der Nationalsozialisten.
- 1968** Bad Ischler Programm: gewisses Zurücktreten des deutschnationalen Gedankenguts; Betonung des Europa-Gedankens.
- 1998** Parteiprogramm 1998: deutliche Kurskorrektur, Anpassung an Realpolitik Häiders [Haider war auch am Deckblatt]; Freiheit als höchstes Gut, definiert als „Höchstmaß an verantwortlicher Selbstbestimmung“; Menschenwürde: Sinn des Menschen liegt in sich selbst; Österreich-Patriotismus; letzter Rest der deutschnationalen Tradition: Die „überwiegende Mehrheit der Österreicher“ gehört der „deutschen Volksgruppe“ an. Europa wird als „christlich-abendländische Wertegemeinschaft“ definiert.
- 2011** Parteiprogramm 2011: Freiheit, Sicherheit, Frieden und Wohlergehen für Österreich und seine Bevölkerung als politische Leitlinien, Bekenntnis zum Heimatland Österreich als Teil der deutschen Sprach- und Kulturgemeinschaft, Freiheit gilt den Freiheitlichen als höchstes Gut.

## 3.3 Die Grünen

Gründung	1986
Vorsitzender	Werner Kogler
Mitglieder	7.000
Europapartei	Europäische Grüne Partei (EGP)

## Geschichte

Seit den 1970er-Jahren entstanden neue soziale Bewegungen, die Inhalte und Formen etablierter Politik infrage stellten (Anti-Atom-Bewegung, Bürgerinitiativen, Umweltschutz). In Zeiten der Vollbeschäftigung und einer relativ sorgenfreien Zeit entstand so das Phänomen des Postmaterialismus. Der Geologe Alexander Tollmann, durch sein Engagement gegen das Kernkraftwerk Zwentendorf bekannt geworden, gründete 1982 die erste grüne Partei, die eher konservativ ausgerichteten „Vereinten Grünen Österreichs“ (VGÖ). Stärker links orientiert war die 1983 ins Leben gerufene „Alternative Liste Österreich“ (ALÖ). Da keine Einigung zwischen beiden Gruppen gelang, kandidierten sie bei den Nationalratswahlen 1983 auf getrennten Listen und verfehlten beide den Einzug ins Parlament. Erst vor der Nationalratswahl 1986 konnte man sich – gestärkt durch den erfolgreichen Widerstand gegen das Donaukraftwerk Hainburg [Hainburger-Au-Besetzung 1984] – auf die Gründung einer einheitlichen Partei unter dem Namen „Grüne Alternative“ (GA) und die prominente Grünpolitikerin Freda Meissner-Blau als Spitzenkandidatin einigen: Mit acht Mandaten zog die GA ins Parlament ein; seit 1995 ist die offizielle Bezeichnung der Partei „Die Grünen – Die Grüne Alternative [Grüne]“. Werner Kogler ist seit Oktober 2017 Bundessprecher der Grünen.

## Struktur

Die Grünen hatten im Jahr 2023 bundesweit etwa 7.000 Mitglieder, wobei es keine bundesweit einheitlichen Regelungen für Mitgliedschaften gibt. Das höchste Gremium ist der Bundeskongress, welcher mindestens einmal jährlich einberufen wird. Und dorthin entsenden alle Landesorganisationen ihre Delegierten, wobei auch die Migrantinnen- und Migrantenorganisation als „zehntes Bundesland“ Delegierte entsenden kann. Innerhalb und insbesondere im Umfeld der Grünen sind heute verschiedene Organisationen tätig, die sich als grün bzw. grün-nah verstehen. Dazu zählen unter anderem die Grünalternative Jugend [GAJ], „Grüne & Alternative StudentInnen“ [GRAS] oder die „Alternativen und Unabhängigen GewerkschafterInnen“ [AUGE/UG].

## Programme

- 1990** „Leitlinien Grüner Politik“: sehr heterogenes Programm mit stark ordnungspolitischer Ausrichtung, v. a. im Umweltbereich; Vorrangstellung der Ökologie; grüne Politik als „kultureller Widerstand, der auf allen Ebenen der Gesellschaft geleistet werden muss“; Aufruf zum zivilen Ungehorsam, Abschaffung des Bundesheeres; Bevorzugung von Minderheiten [Quoten, positive Diskriminierung].
- 2001** „Grundsatzprogramm der Grünen“: Ziel ist kein ideologischer „Endzustand“, sondern eine „solidarische Gemeinschaft freier Menschen in einer intakten Umwelt“; Grüne sehen sich in Bezug zum gesellschaftlichen Liberalismus (Toleranz, Freiheit) und zum Sozialismus (Gerechtigkeit, Solidarität); Wunsch nach „radikaler Veränderung“, die von einem „aufgeklärten Egoismus“ (Auswirkungen unseres Tuns auf uns, Menschen anderswo und Menschen in der Zukunft) und einer „Abkehr vom anthropozentrischen Weltbild“ (Mensch nicht allein im Mittelpunkt) getragen wird; „Komplexität“ und „Vernetzung“ sind sehr häufig gebrauchte Vokabeln; auch das Menschenbild der Grünen ist ein „komplexes“ (selbstbestimmt, frei von Rollenzuschreibungen, Recht auf Selbstentfaltung verknüpft mit Verantwortung – „individuelle Freiheit und solidarische

Verantwortung bedingen einander ...“); Aufgabe der Gesellschaft ist die Veränderung der Gesellschaft; Utopie einer „ökologisch orientierten Systemveränderung“; es gibt keine absoluten Werte (Naturrecht); Grundwerte: ökologisch, solidarisch, selbstbestimmt, basisdemokratisch, gewaltfrei, feministisch.

## 3.4 Das Neue Österreich und Liberales Forum (NEOS)

Gründung	2012
Vorsitzender	Beate Meinl-Reisinger
Mitglieder	2.700
Europapartei	Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa

## Geschichte

Die Partei NEOS wurde im Oktober 2012 unter dem Parteinamen NEOS – Das Neue Österreich von Matthias Strolz gegründet und trat erstmals zur Nationalratswahl in Österreich 2013 in einem Wahlbündnis mit dem Liberalen Forum an, mit dem die NEOS im Jänner 2014 dann fusionierten. Die neue Partei schaffte beim ersten Antritt mit 5,0 Prozent den sofortigen Einzug in den Nationalrat und erreichte bei der Nationalratswahl 2019 8,1 Prozent der Stimmen. Parteivorsitzende der NEOS ist Beate Meinl-Reisinger.

## Struktur

Wie in einem Verein ist die Mitgliederversammlung das höchste Organ der Partei. Von der Mitgliederversammlung wird der Vorstand der Partei bestellt, dem die operative Leitung zwischen den Mitgliederversammlungen obliegt.

Inhaltliche Positionen werden bei NEOS in sogenannten „Themengruppen“ erarbeitet, denen mehrere Parteimitglieder angehören können und innerhalb derer Diskussionen zur Positionierung der Gesamtpartei stattfinden.

NEOS haben in den Bundesländern keine eigenständigen Landesparteien, sondern gehören jeweils der österreichweiten Gesamtpartei an. Für jedes Bundesland gibt es einen sogenannten Landessprecher, der die Koordination der Tätigkeiten im Bundesland übernimmt.

### Programm

Die NEOS haben kein klassisches Parteiprogramm. Als politische Leitwerte nennen die NEOS Freiheit und Gerechtigkeit. Programmatische Schwerpunkte der NEOS sind Bildung, Transparenz, Unternehmertum, Klimaschutz und Europa.

## → 4. Grundsatzprogramme im Vergleich

## 4. Grundsatzprogramme im Vergleich

Parteien sind Plattformen für die Findung, Thematisierung und Umsetzung politischer Ziele und Zusammenschlüsse von Menschen mit ähnlichen Wertvorstellungen. Hans Kelsen, Baumeister der österreichischen Verfassung, hielt eine Demokratie ohne Parteien für unmöglich, weshalb er davon ausging, dass die Demokratie „notwendig und unvermeidlich ein Parteienstaat“ sein muss. Parteien sind wesentliche Träger der repräsentativen Demokratie; es gehört zu ihren Aufgaben, durch die Übernahme von Positionen in den verfassungsmäßig vorgesehenen Organen (Parlamente, Regierungen), Staat und Gesellschaft nach bestimmten Vorstellungen zu gestalten. In Demokratien ist dieses Handeln vom Erfolg bei Wahlen abhängig. Parteien treten untereinander in einen Ideenwettbewerb, sie sind Mittler zwischen verschiedenen Interessen, zwischen Bürgerinnen und Bürgern sowie den staatlichen Institutionen.

Für die Wählerinnen und Wähler werden die Überzeugungen, Ziele, Forderungen, Weltanschauungen und Menschenbilder in den jeweiligen Parteiprogrammen nachvollziehbar und vergleichbar.

Im tagespolitischen Geschäft oder bei Wahlen wird eine Partei allerdings anhand ihrer politischen Forderungen, ihrer Spitzenkandidaten und ihrer aktuellen Lösungsansätze identifiziert. Kaum ein Bürger macht sich die Mühe, sich vor einer Wahl mit den Grundsatzprogrammen der Parteien auseinanderzusetzen. Die tagesaktuelle Politik, Konzepte, Ideen und Forderungen entstehen ihrerseits aber natürlich nicht im „luftleeren Raum“, sondern berufen sich auf die grundsätzlichen Ansichten und Konzepte, weswegen Programme unterschiedlich gestaltet sein können:

- ▣ Grundsatzprogramme [langfristig, gesellschaftliche Analyse und wertende Schlussfolgerung] sind ein „Koordinatensystem“ für zukünftiges politisches Handeln,
- ▣ Aktionsprogramme [kurzfristig, konkret],

- ▣ Wahlprogramme (beschreiben die Ziele der Partei für die kommende Legislaturperiode),
- ▣ Regierungsprogramme (überparteiliche Handlungsübereinkommen).

Grundsatzprogramme zeigen die Unterschiede zwischen den Parteien. Ein Grundsatz- oder Parteiprogramm ist die Zusammenstellung grundsätzlicher Forderungen, Ziele und Werte einer Partei und ist längerfristiger als ein Wahlprogramm angelegt. Es definiert die Identität und die Ziele einer Partei. Allerdings sind Parteien auch Orte unterschiedlicher Meinungen und Auffassungen. Und so bündelt das Grundsatzprogramm schließlich jene Werte, über die sich sämtliche Mitglieder einer Partei einig sind. Das Grundsatzprogramm ist also ein Kompass, der die grundsätzliche Richtung anzeigt. Grundsatzprogramme sind nicht in Stein gemeißelt. Sie ändern sich, so wie sich die Gesellschaft oder die Herausforderungen für die Politik ändern. Parteiprogramme sind immer „Kinder ihrer Zeit“.

### Ein Grundsatzprogramm hat zwei Wirkrichtungen:

#### 1. Es richtet sich an die Wählerinnen und Wähler (Außenwirkung):

- ▣ Transparenz (Offenheit): Die grundsätzlichen Forderungen, Ziele und Werte einer politischen Partei werden vorgestellt.
- ▣ Orientierung: Der Wähler bekommt einen Eindruck, wofür die einzelnen Parteien stehen und wie sich in ihrer Programmatik unterscheiden.
- ▣ Werbung: Grund für Engagement und Beitritt.
- ▣ Profil: Worin unterscheidet sich eine Partei von ihren Mitbewerbern?

#### 2. Es richtet sich an die Funktionärinnen und Funktionäre und Mitglieder (Innenwirkung):

- ▣ Handlungsanleitung: Instrumentarium für die Auseinandersetzung im politischen Wettbewerb.
- ▣ Entscheidungshilfe: Wie ist ein Sachverhalt zu beurteilen?
- ▣ Integration: Es verbindet verschiedene innerparteiliche Gruppen.
- ▣ Identifikation: Es erzeugt Selbstverständnis (Wir-Gefühl) und bindet Anhänger an die Partei.
- ▣ Legitimation: Die Parteiführung kann sich auf ein Programm berufen.

Parteiprogramme sind wesentlich für den Erfolg oder Misserfolg einer Partei mitverantwortlich. Um von den Wählerinnen und Wählern auch verstanden zu werden, sollten sie verständlich und klar formuliert werden und auf Floskeln und „Politikjargon“ verzichten.

Die Grundsatzprogramme der Parteien zu vergleichen ist sinnvoll, um Klarheit über die Schwerpunktsetzungen der einzelnen Parteien zu erlangen. Ein solcher Vergleich gestaltet sich manchmal schwierig; alle demokratischen Parteien beanspruchen positiv besetzte Grundwerte wie Freiheit, Nachhaltigkeit und Solidarität für sich. Erst beim Zugang zu diesen Begriffen zeigen sich Unterschiede. Daher ist es wichtig, die Programme der einzelnen Parteien auch zwischen den Zeilen zu lesen.

### Volkspartei-Grundwerte

Jeder Mensch besitzt ein Recht auf Leben und freie Entfaltung. Der Anspruch auf menschliche Freiheit, individuelle Selbstbestimmung und gesellschaftliche Mitwirkung ist für die Volkspartei unveräußerlich und damit nicht verhandelbar. Die Achtung des Menschen und der Menschenwürde findet ihren Widerhall nicht nur in den international anerkannten Menschenrechten, sie ist auch Fundament der österreichischen und europäischen Leitkultur und Ausgangspunkt des bürgerlichen politischen Denkens und Handelns.

Die Würde des Menschen ist in allen Phasen des Lebens unverletzlich und kommt jedem Menschen, unabhängig von Alter, Rasse, Geschlecht, Besonderheiten oder Fähigkeiten, von Umständen oder Situationen zu, da sie eine Konsequenz des Menschseins ist. Der Mensch ist in Gemeinschaften eingebunden, die für ihn Verantwortung tragen und für die er Verantwortung trägt. Die erste und wichtigste Gemeinschaft für Menschen ist die Familie. Wichtige Verantwortungsgemeinschaften für Menschen sind aber auch religiöse, kulturelle, soziale, politische und wirtschaftliche Gemeinschaften. Verantwortliches Handeln, kreative Gestaltungskraft und kritische Reflexion sind bestimmende Merkmale menschlichen Denkens und Handelns. Die sieben Grundwerte der Volkspartei sind Freiheit, Verantwortung, Nachhaltigkeit, Leistung, Solidarität, Subsidiarität und Gerechtigkeit.

### SPÖ-Grundwerte

Das Grundsatzprogramm der SPÖ stammt aus dem Jahr 2018. Die SPÖ beschäftigt sich in ihrem Programm „mit einem Abwehrkampf gegen die neoliberale Demontage des Sozialstaates sowie gegen die Aushöhlung der Demokratie“. Die zugrunde liegende Einschätzung der Gesellschaft ist negativ: „Entgrenzte kapitalistische Systeme, die die Interessen der Menschen ignorieren, müssen überwunden werden; mit dem Ziel, ein soziales, inklusives und ökologisches Wirtschaftssystem der Zukunft zu schaffen.“

So unterschiedlich also die Ausgangsprämissen sind, so ähnlich erscheinen zunächst die Grundwerte von SPÖ und Volkspartei: Auch die SPÖ beansprucht die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit und Solidarität für sich. Dass die Freiheit, die die Volkspartei meint, eine andere ist als jene der Sozialdemokratie, erschließt sich erst im Vergleich der Programme.

### FPÖ-Grundwerte

Das Parteiprogramm der FPÖ unterscheidet sich insofern von denen der anderen Parteien, als es sehr konkrete Handlungsanleitungen für die Tagespolitik enthält. Diese für Parteiprogramme ungewöhnliche tagespolitische Aktualität hat mit der wechselvollen Geschichte und den innerparteilichen Grabenkämpfen der FPÖ zu tun. Die Abspaltungen des Liberalen Forums und des BZÖ sind die sichtbarsten Zeichen zyklisch wiederkehrender Flügelkämpfe in der FPÖ, vor allem zwischen dem nationalen und dem liberalen Lager. Je nachdem, welcher Flügel in der Partei die Oberhand hatte, wurde das Parteiprogramm schwerpunktmäßig verändert. Die Grundwerte der FPÖ sind Freiheit, Unantastbarkeit der Menschenwürde sowie Österreich und Heimat.



### Grüne-Grundwerte

Das Parteiprogramm der Grünen stammt aus dem Jahr 2001. Dort beziehen sich die Grünen vor allem auf eine „solidarische Gesellschaft“. Das Hauptaugenmerk der Grünen liegt auf einer aktiven Umweltpolitik. Das Parteiprogramm der Grünen enthält, vor allem wenn es um gesellschafts- und sozialpolitische Fragen geht, einige Positionen, die inhaltlich sehr nahe der Sozialdemokratie liegen. Mit ihrem Eintreten für Quoten und positive Diskriminierung auch im Privatbereich hebeln sie das Grundrecht der Vertragsfreiheit aus. Bezüglich der Verantwortung des Menschen für die Natur greifen die Grünen Positionen auf, die die Volkspartei bereits in den 1970er-Jahren festgeschrieben hat. Folgende Grundwerte prägen die Grünen: ökologisches Denken, solidarisches Handeln, selbstbestimmtes Leben, Basisdemokratie, Gewaltfreiheit und Feminismus.

### NEOS-Grundwerte

Die NEOS sehen sich als eine liberale Bürgerbewegung und sehen im Menschen den zu freiem und verantwortungsbewusstem Handeln befähigten Gestalter seiner eigenen Lebensverhältnisse. Die NEOS formulieren in ihrem Programm den Anspruch, Österreich zu verändern.

Die fünf NEOS-Kernwerte sind freiheitsliebend, wertschätzend, eigenverantwortlich, nachhaltig und authentisch.

## → 5. Parteipolitische Bildungsarbeit

## 5. Parteipolitische Bildungsarbeit

Die Politischen Akademien der Parteien haben in Österreich eine mehr als 50-jährige Tradition. Diese Bildungseinrichtungen sind die ersten Anlaufstellen für alle Bürgerinnen und Bürger, die Demokratie verstehen und mitgestalten wollen. Die Politischen Akademien arbeiten auf der Grundlage des „Bundesgesetzes über die Förderung staatsbürgerlicher Bildungsarbeit im Bereich der politischen Parteien sowie der Publizistik“ aus dem Jahr 1972. Seit damals bieten in erster Linie die politischen Lager und ihre Vorfeldorganisationen politische Bildung an. Dabei ist das Angebot aller Akademien üblicherweise nicht an eine Parteimitgliedschaft gebunden.

Die Bildungsinstitutionen hatten von Anfang an die Aufgabe, über das eigene Lager hinaus auch Weiterbildung und Bildungsprogramme für die politisch interessierte Bevölkerung anzubieten. Die Akademien richten sich mit ihren Ausbildungsprogrammen, Lehrgängen, Analysen, Publikationen, Tagungen, Symposien und Publikumsveranstaltungen gleichermaßen an Bürgerinnen und Bürger, Funktionärinnen und Funktionäre und Mitglieder und Nichtmitglieder. Als Bildungseinrichtungen vermitteln sie neben Schule, Elternhaus, Unternehmen, Universitäten, Freunden, Bekannten und Medien gesellschaftspolitische Werte und Grundlagenwissen. Neben der Wissensvermittlung geht es auch um das Erlernen von Kommunikation, politischer Verhandlungsführung und um die aktive Weiterentwicklung der politischen Weltanschauungen. Das Ziel der Bildungsarbeit ist es, demokratische Prozesse zu verstehen und als Bürgerin und Bürger Demokratie selbst aktiv mitzugestalten. Die Akademien bieten also Räume, wo partei- und gesellschaftspolitische Veränderungen beginnen.

Für den Grundsatzdenker Andreas Khol sind Parteiakademien Schulungszentren, wo Parteien den für ihre produktive Weiterentwicklung notwendigen Ort finden, um ihre Politik an den eigenen Grundsätzen messen und bewerten zu können und den politischen Nachwuchs zu schulen. Parteiakademien bauen ihre Angebote auf bestimmten Weltanschauungen und Gesinnungen auf. Das Gesellschaftsbild und die politischen Ziele der bürgerlichen Volkspartei sind andere als jene der

Sozialdemokratie, der Freiheitlichen, der Grünen und der NEOS. Politische Akademien konzipieren ihre Bildungsarbeit aufgrund ihrer Weltanschauung. Parteien und Parteiakademien stehen für Werte und Positionen, die miteinander konkurrieren. Dabei werden an den Parteiakademien ebenso die Standpunkte und Positionen der politischen Mitbewerber diskutiert, da Kenntnisse der anderen Weltbilder auch das eigene Tun bereichern.

#### Politische Bildung vermittelt folgende Schlüsselkompetenzen:

- ▣ Einblick und Verständnis für das politische System in Österreich, Europa und der Welt
- ▣ Lernen von Fakten und sozialen Fertigkeiten
- ▣ Begleitung und Unterstützung bei der Entwicklung von politischen Positionen und Meinungen
- ▣ Die Anregungen von geistigen und sozialen Fähigkeiten bzw. der Entstehung von intellektuellen Kompetenzen im gesellschaftlichen bzw. menschlichen Zusammenleben

Zu den Hauptaufgaben der Akademien zählt die Aus- und Weiterbildung von politischen Funktionärinnen und Funktionären. Neben den hauptberuflichen Politikerinnen und Politikern werden vor allem auch nebenberufliche und ehrenamtliche Funktionärinnen und Funktionäre wie Gemeinderäte aus Städten und Gemeinden ausgebildet. Dabei umfassen die Angebote Mentoringprogramme, Trainerausbildungen, Studienreisen, Argumentations- und Medienmodule sowie Lehrgänge für politisches Management. Die Parteiakademien sind aber auch der Allgemeinheit dienende Institutionen der Erwachsenenbildung, weshalb die meisten Ausbildungsangebote und Veranstaltungen für alle Staatsbürgerinnen und Staatsbürger konzipiert und angeboten werden. Akademien sind geistige Zentren, wo abseits der schnelllebigen Tagespolitik mittel- und langfristige Denkarbeit stattfindet. Den Parteien wird auch wissenschaftlich zugearbeitet.

## 5.1 Parteiakademien im Porträt

### Politische Akademie der Volkspartei

Die Politische Akademie [kurz „PA“] ist die Parteiakademie der Österreichischen Volkspartei und versteht sich als offener Ort zum Vordenken und Vernetzen. Der Campus am Meidlinger Tivoli bietet mit verschiedenen Räumlichkeiten und einem großen Garten die ideale Möglichkeit, sich zu treffen, an Ideen zu arbeiten oder Veranstaltungen zu organisieren. Die Politische Akademie arbeitet auf der Basis der Wurzeln und Werte der Volkspartei und versteht sich als Raum für Entwicklung: für die Entwicklung von Demokratie und Politik in Österreich, für die Entwicklung der Volkspartei in thematischer und organisatorischer Hinsicht und für die persönliche Entwicklung aller, die sich für Politik interessieren und engagieren. Der Bildungsraum online ist die E-Learning-Plattform der Politischen Akademie. Die Entwicklung digitaler und sogenannter integrierter Lernformate, bei denen computergestütztes Lernen und klassischer Unterricht kombiniert werden, ist Teil des Selbstverständnisses, innovative Bildungsformate anzubieten. Die Politische Akademie bietet viele Kurse, Lernvideos und Angebote zur individuellen und zeit- und raumunabhängigen Weiterbildung an.

Die Politische Akademie publiziert laufend Grundsatzpublikationen im Verlag **edition noir**. In Monografien und Sammelbänden werden politische Themen wie beispielsweise die Bedeutung des Bürgerlichen und der Bürgergesellschaft für die Demokratie analysiert. Jährlich dokumentiert die Politische Akademie auch das politische und volkswirtschaftliche Geschehen im „Österreichischen Jahrbuch für Politik“. Seit 1977 werden hier überparteilich und sachlich komplexe politische Ereignisse analysiert und diskutiert. Das politische Jahrbuch gilt als zeitgeschichtliches Standardwerk und versorgt Meinungsbildner, Journalisten, Wissenschaftler, Politiker und alle an Politik Interessierten mit hochwertigen Informationen und Analysen über das politische Geschehen in Österreich und der Welt.

In unterschiedlichen Veranstaltungsformaten widmet sich die Politische Akademie wechselnden Themenschwerpunkten. So zählten in der jüngeren Vergangenheit die Themen Digitalisierung, christlich-soziale

Politik oder Bürgergesellschaft zu den Schwerpunkten. International ist die Politische Akademie in die politische und gesellschaftliche Welt des Westbalkans und des afrikanischen Kontinents eingetaucht und beschäftigt sich laufend mit europapolitischen Fragestellungen. Studienreisen und international besetzte Podiumsdiskussionen zählen dabei genauso zu den Formaten wie die Teilnahme an Kongressen und Foren, wie beispielsweise dem Europäischen Forum Alpbach.

Weitere Angebote der Politischen Akademie umfassen einen Podcast, Orientierungstage für neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Volkspartei, einen speziell für weibliche Nachwuchspolitikerinnen konzipierten Lehrgang [Grete-Rehor-Lehrgang] sowie die Vergabe von Stipendien.

Sitz der Politischen Akademie ist das Springer Schlössl am Meidlinger Tivoli. Am Areal befindet sich neben dem Büro- und Seminargebäude auch noch ein Seminarhotel, das im Eigentum einer 100%igen Tochtergesellschaft der Politischen Akademie steht und Gastronomie, Beherbergung und Seminarräume für die Eigenangebote wie auch – zu marktüblichen Konditionen – an Dritte anbietet. Das vom Karl von Vogelsang-Institut verwaltete Parteiarchiv der ÖVP ist ebenso am Campus der Politischen Akademie beherbergt.

Die Politische Akademie ist Mitglied beim Wilfried Martens Centre for European Studies (WMCES), dem Think Tank der Europäischen Volkspartei, die rund 40 europäische Denkfabriken – darunter auch die Konrad-Adenauer-Stiftung aus Deutschland – unter einem Dach vereint. Außerdem ist sie Partnerin des Robert-Schuman-Institut (RSI), dem europäischen Bildungszentrum für Politikerinnen und Politiker sowie Parteien aus der Europäischen Volkspartei-Familie. Die Politische Akademie pflegt darüber hinaus ein weitreichendes Netzwerk mit nationalen und internationalen Partnerinnen und Partnern, darunter beispielsweise das Friedrich Funder Institut (FFI) für Journalismusausbildung und das Austria Institut für Europa und Sicherheitspolitik (AIES) – beide haben ihren Sitz auch am Campus der Politischen Akademie –, weiters das Institut für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM), die Diplomatische Akademie [DiplAk], die Julius Raab Stiftung (JRS), das Ökosoziale Forum (ÖSF) sowie das Institut für Umwelt, Friede und Entwicklung (IUFE), die Aktionsgemeinschaft (AG), den Mit-

telschüler-Kartell-Verband (MKV) und den Cartellverband (ÖCV). Mit all diesen und vielen weiteren mehr werden Kooperationsprojekte (z. B. Veranstaltungen, Lehrgänge) angeboten; sie dienen auch als wesentliche Quelle für Speakerinnen und Speaker bzw. Autorinnen und Autoren für die von der Politischen Akademie organisierten Diskussionen und die von ihr aufgelegten Sammelbände.

### Karl-Renner-Institut

Als Vorläufer des 1972 gegründeten Karl-Renner-Instituts (kurz „RI“) gilt die Sozialistische Arbeiterbildungszentrale (SBZ), die sich seit 1891 zur größten Bildungsinstitution der Arbeiterbewegung weltweit entwickelt hat.

„Während innerhalb der Österreichischen Volkspartei und der Freiheitlichen Partei erst mit der Gründung der politischen Akademien eine lückenlose Schulungstätigkeit auf Bundesebene beginnen konnte, besaß die Sozialistische Partei schon vor 1973 – gelenkt durch die Sozialistische Bildungszentrale (SBZ) – ein von der Bundes- bis zur Gemeindeebene straff durchorganisiertes Bildungssystem mit hierarchischem Aufbau. Dass die Bildungstätigkeit in den Reihen der Sozialisten einen zentralen Platz in der Parteistruktur einnimmt, hat historische Ursachen; sind doch die Arbeiterbildungsvereine älteren Datums als die Parteiorganisation selbst.“ (Haberson & Szekely, 1980, S. 343).

Das RI selbst bezog seine Schulungsräumlichkeiten 1978 im Wiener Schloss Altmannsdorf, wo es bis 2018 untergebracht und auch eine Hotel-Infrastruktur vorhanden war. Das Areal wurde veräußert, seither befindet sich der neue RI-Standort in kompakten und zeitgemäßen Büro- und Schulungsräumlichkeiten im neu errichteten Quartier Belvedere nahe dem Wiener Hauptbahnhof.

Das Angebot des RI gliedert sich in insgesamt acht Themenfelder: Stehen bei der Politischen Akademie der Volkspartei Werte-Themen wie „Bürgerlich“ oder „Christlich-sozial“ im Mittelpunkt, so befasst sich das Renner-Institut mit typischen Fragen der Sozialdemokratie: Geschichte und Zukunft

der Sozialdemokratie, Feminismus, Wirtschaftspolitik, Arbeit & Sozialstaat, Gesellschaft, Klimagerechtigkeit, Demokratie & Beteiligung.

Ähnlich wie die Politische Akademie setzt sich auch das Renner-Institut mit der politischen Situation am Westbalkan auseinander. Dies ist eine Facette des Schwerpunktes „Internationale Politik“. Ebenso werden darin Wahlen in europäischen [Nachbar-]Ländern beleuchtet und aktuelle Themen wie der Krieg in der Ukraine behandelt.

International eingebettet ist das RI in die Foundation for European Progressive Studies (FEPS), die auf Europa-Ebene agierende politische Stiftung, die der Sozialdemokratischen Partei Europas nahesteht. Auf nationaler und internationaler Ebene steht das RI in enger – auch personeller – Verbundenheit mit dem Karl-Renner-Museum in Gloggnitz, das die [sozialdemokratische] Zeitgeschichte aufarbeitet, dem Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog und der deutschen Friedrich-Ebert-Stiftung, die in zahlreichen Hauptstädten Büros unterhält. Ebenso zu den Partnerinnen und Partnern zählen SPÖ-nahe Organisationen wie die Aktion kritischer Schüler\_innen (AKS), die Sozialistische Jugend (SJ) oder der Verband sozialistischer Student\_innen in Österreich (VSSTÖ). Namenspatron der sozialdemokratischen Akademie ist Karl Renner, der erste Bundespräsident der Zweiten Republik.

### Freiheitliches Bildungsinstitut – Gesellschaft für Politik, Kultur und Meinungsfreiheit

Als einzige Parteiakademie errichtete das „Freiheitliche Bildungswerk“ (gegründet 1972) seinen Standort in Niederösterreich; das „Bildungshaus Baden“ wurde 1974 bezogen und war bis ins Jahr 2000 Sitz der freiheitlichen Akademie, bevor diese nach Wien [zunächst in den ersten, später in den achten Bezirk] umzog. Eine zusätzliche Wiener Geschäftsstelle zum Haus in Baden gab es auch schon seit 1977. Ebenso wechselvoll ist die Bezeichnung der freiheitlichen Akademie: Als „Freiheitliches Bildungswerk“ gegründet, wurde es 1994 in „Freiheitliche Akademie“ umbenannt. Nach innerparteilichen Zerwürfnissen wurde 2006 ein neu gegründeter Verein, das „FPÖ-Bildungsinstitut“ (ab 2018 mit neuem Namen: „Freiheitli-

ches Bildungsinstitut – Gesellschaft für Politik, Kultur und Meinungsfreiheit“ (FBI) als Empfänger der staatlichen Fördergelder namhaft gemacht.

Das Freiheitliche Bildungsinstitut setzt sich inhaltlich mit der Partei- und Ideengeschichte der FPÖ, Blackout-Szenarien, den Folgen der Corona-Pandemie und typischen FPÖ-Themen wie Migration und politischem Islam auseinander.

Herzstück der Bildungsangebote sind die Jugend-, Zukunft-, Frauen-, Medien- und Europa-Akademien. Daraus lässt sich auch die thematische Schwerpunktsetzung des Freiheitlichen Bildungsinstituts herauslesen: Geht es bei den drei erstgenannten Akademien um Persönlichkeitsentwicklung bzw. Grundlagen-Seminare für spezielle Zielgruppen (Jugend, Frauen), so zielen die Medien- und Europa-Akademie auf das Erlernen von Zusammenhängen in der Medienlandschaft bzw. den europäischen Institutionen ab. Im internationalen Bereich wird der Schwerpunkt auf Afrika, die Europäische Union und Lateinamerika gelegt.

### FREDA – DIE AKADEMIE, Grüne Zukunftsakademie zur Förderung politischer Bildung und Kultur

Ursprünglich als „Grüne Bildungswerkstatt“ im Jahr 1987 gegründet, ist die Bezeichnung für die heutige Parteiakademie der Grünen der Verein „FREDA – DIE AKADEMIE, Grüne Zukunftsakademie zur Förderung politischer Bildung und Kultur“ (kurz „FREDA“). Vereinsrechtlich blieb der Verein aus 1987 bestehen, wurde aber 2020 nach einer zweijährigen Pause (als die Grünen nicht im Nationalrat vertreten waren) mit überarbeitetem Statut und neuem Namen als bundesweite Parteiakademie neu etabliert.

FREDA konzentriert sich eigenen Angaben zufolge auf Themen, die für ein gedeihliches Fortkommen auf dem Planeten notwendig sind. Im Fokus stehen dabei Demokratie und Menschenrechte, Umwelt und Klimaschutz, Arbeit, Wirtschaft und Soziales. Dies seien die entscheidenden Arbeitsfelder, die den Weg für eine sozialökonomische Transformation bereiten.

FREDA ist Mitglied der Green European Foundation (GEF), einer europäischen politischen Stiftung, die von der Europäischen Union finanziert wird.

Namensgebend für die Parteiakademie FREDA ist Freda Meissner-Blau, die als Gallionsfigur der österreichischen Ökologiebewegung galt und die erste Parteivorsitzende der Grünen in Österreich war.

### NEOS Lab – Das liberale Forum

Der Verein „Liberale Initiative Österreich“ wurde im Jahr 1987 als nicht parteigebundene Bildungseinrichtung gegründet, fungierte in den 1990er-Jahren als Bildungseinrichtung des Liberalen Forums („Liberales Bildungsforum“) und wurde 2014 in NEOS Lab umbenannt, nachdem „NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum“ als Wahlbündnis zur Nationalratswahl angetreten und schlussendlich in den Nationalrat eingezogen war. Ab diesem Zeitpunkt erhielt das „NEOS Lab – Das liberale Forum“ (kurz NEOS Lab) Förderungen nach dem Publizistikfördergesetz.

Das NEOS Lab ist in die Teilbereiche „LAB Academy“ und „Thinktank“ gegliedert. Die inhaltliche Themenarbeit passiert dabei im „Thinktank“ und befasst sich dabei vor allem mit Themen, die aus liberaler Sicht wichtig sind: Wirtschaft, Bildung, Rechtsstaat und das „moderne Österreich“. Die dabei aufgearbeiteten Themen – stets mit Methoden der empirischen Sozialforschung, der Statistik, der Verhaltenswissenschaften und der Datenverarbeitung erstellt – sollen der gesamten NEOS-Organisation zur Verfügung gestellt werden.

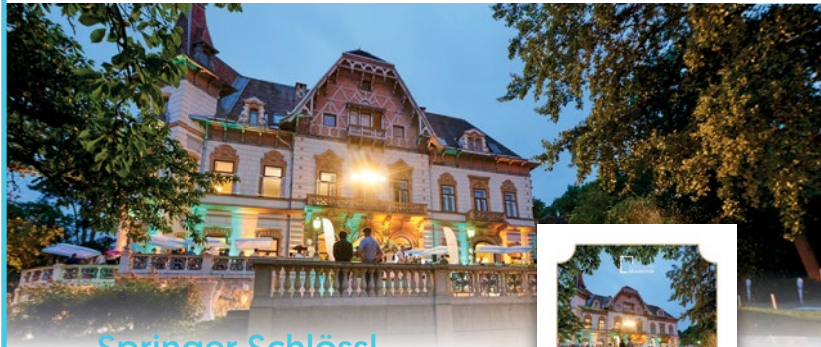
Am internationalen Parkett widmen sich die NEOS anders als die anderen Parteiakademien keinen konkreten Kontinenten, Ländern oder Regionen, sondern bieten gemeinsam mit ihrem europäischen Dachverband Publikationen und Studien zu Themen wie Digitalisierung in der EU an.

Zentrale Partnerinnen und Partner sind liberale Thinktanks aus Deutschland (Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, die Stiftung der FDP), die niederländischen Stiftungen von VVD (Volkspartei für Freiheit und Demokratie) sowie D66 (Democraten 66), aus Italien und Schweden. Ein-

gebettet sind diese in das European Liberal Forum (ELF), der europäischen politischen Stiftung, die der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) nahesteht.



Aus dem Büchershop



## Springer Schloß Ein Haus mit Geschichte



Springer Schloß – Ein Haus mit Geschichte, ein Haus für Generationen, für Entwicklung, für Werte, für Bildung und für Neues. Vor einem Jahrhundert aber auch – das Haus einer Familie, der Familie Springer.

Anlässlich des Besuchs der Nachfahren der Familie Springer wurde eine Broschüre zur Geschichte des Springer Schloßs, dem Sitz der Politischen Akademie, neu aufgelegt. Wissenswertes zur Historie, zur Architektur, zum Park und zur Familie sind auf 56 Seiten - illustriert mit historischen Aufnahmen - kompakt zusammengefasst.

**Kostenlos**  
als Online-Ausgabe  
oder per Post\*  
**erhältlich!**  
\*) zzgl. Postgebühren



## „grundsatz“ der Podcast

Lasst uns über Werte reden. Dieses Ziel hat sich „grundsatz“, der Podcast der Politischen Akademie, gesetzt. Präsidentin Bettina Rausch-Amon und ihr Team wollen Politik grundsätzlich und abseits des politischen Tagesgeschäfts betrachten – und genau das will auch dieser Podcast regelmäßig tun: Tiefgehende Gespräche mit Expertinnen und Experten führen, immer von einem konkreten Anlass ausgehend. Und neue Einblicke für all jene liefern, die sich für mehr als nur die Schlagzeile des Tages interessieren.

**Jetzt Reinhören!**  
Der Podcast „grundsatz“  
ist auf Spotify, Apple  
Podcasts und allen  
anderen gängigen Platt-  
formen zu finden!

[www.politische-akademie.at/podcast-grundsatz](http://www.politische-akademie.at/podcast-grundsatz)





Gelebte Grundsätze und handwerkliches Können der Funktionärinnen und Funktionäre sind für den Erfolg einer Partei Voraussetzung. Nur so kann man glaubwürdig bei den Bürgerinnen und Bürgern auftreten. Die Volkspartei versteht sich als staatstragende Partei und will Österreich aktiv mitgestalten. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, ist es für alle Mitglieder der Volkspartei-Familie wichtig, sich aktiv weiterzubilden und genau über Ursache und Wirkung des eigenen politischen Tuns nachzudenken. Nur wenn wir wissen, woher wir als Partei kommen, welche Werte wir vertreten und welche Gesellschaft wir wollen, werden wir bei den Wählerinnen und Wählern Vertrauen erwerben.

ISBN: 978-3-9504939-7-9

edition noir